

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3.00 RM., monatlich 1.50 RM., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Abonnementspreis 1.50 RM. pro Monat eingetragenen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat.
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kugemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern für politische und gesellschaftliche Beiträge und Berichterstattungen 80 Pf., für kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wort 30 Pf., (zwei 2 getragene Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Einschlagwörter und Schlüsselwörter gegen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 5. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Außere und innere Politik.

Der italienische Botschafter Tittoni hat dieser Tage in der Pariser Sorbonne eine Rede gehalten, die in der italienischen Presse als eine der wichtigsten Kundgebungen während des Krieges bezeichnet wird. Ohne auf die Erörterungen Tittonis über den Ursprung des Krieges, die den Hauptteil seiner Rede bildeten, einzugehen, möchten wir hier nur seine Äußerungen über die zu erwartenden Kriegsergebnisse hervorheben, die uns für die Haltung der Regierungen außerordentlich bezeichnend erscheinen. Tittoni sagte, nach einem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, wenn Ferrero kürzlich die Hoffnung ausgedrückt hätte, daß die revolutionären Elemente darauf verzichten würden, die Lage nach dem Kriege für sich auszubehalten, so hielte er, Tittoni, es für klüger, die Zukunftshoffnungen auf eine weniger schwankende Grundlage zu bauen. Die Probleme nach dem Kriege würden juristischer sein als die Kriegsprobleme selbst, und die Aufgabe der Regierenden werde schwerer und härter nach als im Kriege sein. Nur ein Mittel gebe es, die Lösung dieser Probleme zu erleichtern, nämlich dafür zu sorgen, daß sie in möglichst wenig schwerer Form aufträten. Deshalb müsse man siegen. Es genüge nicht, diesen Krieg zu beendigen, man müsse um jeden Preis die schrecklichen Probleme vermeiden, die nach einem hinführenden Frieden auftauchen würden.

Diese Worte Tittonis bilden eine ausdrückliche Bestätigung dessen, was die sozialistische Kritik fortgesetzt gegen die Kriegspolitik der Regierungen und der sie stützenden Parteien in allen Ländern vorbringt. Das, was Tittoni als einen „hinführenden Frieden“ bezeichnet, bedeutet für die Regierungen der kriegführenden Länder nicht ein Uebel an sich, sondern nur im Hinblick auf die innerpolitische Lage. Wie sollte beispielsweise — um im Bilde zu bleiben — Sonnino vor das italienische Volk treten, nachdem alle Verheißungen der Kriegsenthusiasten in alle Winde zerstoßen und dem Volke unermessliche Opfer und Lasten auferlegt worden sind? Müßten nicht die Regierungsmänner, die für den Krieg verantwortlich sind, befürchten, von der Welle der Volksembörung fortgeschwemmt zu werden? Müßten nicht die Parteien, die zu dem Krieg gedrängt haben, eine starke Machtverminderung und Zurückdrängung erwarten? Und wie in Italien, so auch andernorts. Mit sicherem Instinkt — so schreiben wir vor einigen Tagen — sehen die herrschenden Klassen und Parteien der kriegführenden Länder, daß die Liquidation des Krieges bestimmend ist auch für die innere Machtverteilung nach dem Kriege, d. h. für den Charakter der inneren Politik. Daher ihr fortgesetztes Aufspießen des „Siegeswillens“, daher ihr Sträuben gegen alle und jede Verständigungsversuche, daher ihr Wunsch — wie Tittoni das ausdrückt — ihre Zukunftshoffnungen auf einer „weniger schwankenden Grundlage“ aufzubauen, als das jetzt möglich erscheint.

Die hier gekennzeichnete Erscheinung, die mit dem Fortgang des Krieges sicherlich noch deutlicher hervortreten wird, macht das Bestreben begreiflich, den funktionellen Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik näher zu beleuchten. Freilich heißt es jetzt, es gebe keine innere, sondern nur mehr eine äußere Politik, die ganz allein unser politisches Denken beherrschen müsse. Aber eine solche Anschauung — mag sie noch so gut gemeint sein — ist eine ebensolche Uebertreibung und wirkt ebenso verwirrend, wie vor dem Kriege die entgegengesetzte Anschauung von der alles beherrschenden, übermächtigen Bedeutung der inneren Politik. Die Wahrheit ist, daß jetzt wie vor dem Kriege der innigste urtümliche Zusammenhang besteht zwischen der inneren und der äußeren Politik, daß die eine auf die andere einwirkt und gegenseitig bedingt.

Ueber diesen Zusammenhang prägte der Wiener Soziologe Dr. Rudolf Goldscheid in seiner gehaltvollen Schrift „Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren“ (Wien-Leipzig 1915, Angenubel-Verlag) das Wort: „Die innere Politik denkt, aber die auswärtige Politik lenkt.“ Das merkwürdigste Anzeichen der Periode vor dem Kriege war, wie Goldscheid ausführlich darlegt, die Tatsache, daß selbst dort, wo die innere Politik schon ein hohes Maß von Reife erreicht hatte, die äußere Politik ihr keineswegs gleichwertig war. Das Grundgebrechen aller bisherigen Demokratien war, daß dem Konstitutionalismus der inneren Politik ihre Ergänzung in einem durchgebildeten Konstitutionalismus der äußeren Politik fehlte. Die Folge war, daß auf dem Gebiete der äußeren Politik vorwiegend Kräfte zur Geltung kamen, die in der inneren Politik durch die fortschreitende Demokratisierung mehr und mehr auf Hindernisse stießen. Gerade für die Zeit vor dem Weltkriege war die Tatsache charakteristisch, daß man vor den Aufgaben der inneren Politik in die äußere Politik flüchtete, um von dort aus die innere Demokratie ad absurdum zu führen.

Diese Erscheinung war keineswegs ein Zufall. Liegt dem Weltkriege die Revolte der weltwirtschaftlichen Produktivkräfte gegen die Beschränktheit und Gebundenheit der einzelstaatlichen Kapitalismen zugrunde, so bedeutet andererseits der Drang der herrschenden Klassen der hochkapitalistischen Staaten nach weltpolitischer Betätigung, mit andern Worten der Drang zum Imperialismus, die Flucht vor der Demokratie und dem Sozialismus. Die Situation hatte sich vor dem Kriege so gestaltet, daß Goldscheid mit Recht von ihr sagen

kann, die innere Politik der Staaten habe sich in ein bloßes Anhängsel der äußeren verwandelt, in der selbstverständlich die herrschenden Klassen die schrankenlose Führung hatten. Soll nun dieser Zustand nach Möglichkeit konstant werden, so muß eine solche Liquidation des Krieges herbeigeführt werden, bei der die herrschenden Klassen und Parteien die Führung in der äußeren Politik beibehalten, um von dort aus auch die innere in ihrem Sinne zu lenken. Freilich können sich die führenden Elemente in allen kriegführenden Ländern nicht vor der Tatsache verschließen, daß der Krieg die Volksmassen eindringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, neben einem weiteren Ausbau der inneren Demokratie auch die Demokratisierung der äußeren Politik in Angriff zu nehmen. Allein in jedem Lande hofft man noch, das Maß dieses inneren Fortschrittes dadurch zu reduzieren, daß den Volksmassen irgendwelche andere Kompensationen dargebracht werden. Mag man beispielsweise in den Ententeländern noch so oft und so eindringlich auf die Verwirklichung des „Rechts“ und der „Gerechtigkeit“ durch diesen „letzten aller Kriege“ hinweisen, so handelt es sich in Wirklichkeit doch in erster Linie um die Aufrechterhaltung desselben Zustandes, desselben Verhältnisses zwischen äußerer und innerer Politik, die der Periode vor dem Kriege ihr Gepräge gegeben haben.

Aus der Geheimhaltung der französischen Kammer.

In Ergänzung unseres Berichtes, den wir laut dem „Populaire du Centre“, dem Organ der französischen Parteiopposition, über die Rede des Genossen Raffin-Dugens zur Begründung seiner Ablehnung des Vertrauensvotums für Briand brachten, geben wir nachstehend einen Auszug aus einem Bericht der „Avanti“ wieder, den dieser, unter Berufung auf die „Bataille Syndicaliste“, von der das Blatt wahrscheinlich einen Wörtchenabzug erhalten hatte, über die Geheimhaltungen der französischen Kammer veröffentlichte. Die Zensur hat den Bericht arg verunstaltet, soviel ist aber aus ihm dennoch herauszulesen, daß die beiden Genossen Raffin-Dugens und Brizon eine den Durchhaltern jedenfalls recht unangenehme Sprache geführt haben. Unter anderem ergibt sich aus dem Bericht, daß die beiden nichts Beringeres als den sofortigen Waffenstillstand verlangt haben und daß sie sich direkt gegen die geplante große englisch-französische Offensive wandten, die wieder Hunderttausende von Menschenopfern kosten würde, ohne daß ein Erfolg verbürgt wäre. Ein Zwischenruf Blancs ging dahin, ob denn die Jugend Frankreichs, die Zukunft der Nation, für England dahingeschlachtet werden solle. Aus dem Bericht ist auch ersichtlich, daß verschiedene lebhaft zusammenstieß zwischen den sozialistischen Oppositionellen und dem Kammerpräsidenten stattfanden.

Auch die schärfste Zensur, bemerkt hierzu das Zürcher „Volkrecht“, wird nicht zu verhindern vermögen, daß man schließlich doch noch etwas Näheres erfährt über diese geheimen Sitzungen, denen jedenfalls die energische Opposition der Zimmerwalder Sozialisten, die man ja ursprünglich von der Sitzung ausschließen wollte, den Stempel aufgedrückt hat.

Eine Friedensstimme.

Prinz Alexander Hohenlohe, ein angesehenes Mitglied des deutschen Hochadels, ergreift in der „Neuen Zürcher Zig.“ wieder das Wort, um im Anschluß an verschiedene friedensfreundliche Kundgebungen in der englischen Presse für einen „vernünftigen Frieden“ einzutreten, für den die psychologischen Voraussetzungen in allen Ländern mit jedem Tage an Umfang und Stärke zunehmen.

Prinz Hohenlohe weist vor allem auf einen Artikel in dem führenden englischen Finanzorgan „The Economist“ vom 3. Juni hin, den er der deutschen Öffentlichkeit in weitestem Umfang zugänglich machen möchte. Der Artikel behandelt die Rede, welche Präsident Wilson vor der von Taft präsidierten „League to enforce peace“ hielt. Er führt aus, daß die Kommentare der Londoner Presse zu dieser Rede den Mangel an Verantwortungsgesühl in dieser Presse bewiesen, und nimmt dann scharf Stellung gegen die „Times“ und die „Morning Post“ sowie den australischen Premier Mr. Hughes, welche den Krieg fortsetzen wollten „bis zu dem bitteren Ende“. Allerdings werde das Ende „bitter“ sein, wenn all der Jammer und alle Leiden fortbauern sollen bis zu einem neuen Krieg, dem Tarifkrieg, in den Mr. Hughes dies unglückliche Land verwickeln wolle.

Wie auch die Politik der englischen Regierung sein möge, man müsse sagen, daß sie schlecht bedient ist durch ihre Presse, welche das Monopol des Patriotismus zu besitzen glaubt, weil sie am lauteften die Kriegstrommel schlägt. Wenn die Londoner Presse „Friedensintrigen“ denunziert, dann gebe sie nicht mehr die öffentliche Meinung wieder. Der Friede sei in der Luft; und ein ehrenvoller Bedingungen basierender Friede, welcher alle vernünftigen Erwartungen erfülle, würde mehr als populär sein. Er würde allgemeine Freude hervorrufen. Weder in der City (das Londoner Geschäftsviertel) noch anderswo wüßte das Volk den letzten Mann und den letzten Farthing für eitle Phantasien auszugeben, wie sie noch in der Rhetorik einiger aufgeregter Journalisten und Politiker figurieren. Sollten die

Politiker und Diplomaten sich unfähig erweisen, den Frieden herbeizuführen, dann müsse man eine andere Sorte von Vermittlern suchen. Das einzige, was sicher feststehe, das sei die Tatsache, daß am Ende jeden Monats wir alle schlechter daran seien als am Anfang. . . . Der Friede könne nahe sein, und wenn jeden Kredit als Führer der öffentlichen Meinung verlieren. Endlich erwähnt der Artikel die Erklärung des Mr. Robert Fleming, den er einen der klügsten und scharfsinnigsten Köpfe der City nennt. Dieser gebe vollkommen richtig die Meinung von Tausenden vernünftig gefinnter Geschäftsleute in allen Teilen des Vereinigten Königreichs wieder und blase wie ein frischer Luftzug durch die erstarrte Atmosphäre der bornierten Ansichten. Mr. Fleming hatte in seiner Rede an folgende Worte des Herrn Wallin, Direktors der Hamburg-Amerika-Linie, erinnert, welche dieser vor einigen Monaten geäußert haben soll:

„Die Männer, welche eines Tages damit betraut werden, die Friedensbedingungen festzusetzen, werden als Hauptaufgabe haben, nicht nur den Krieg selbst zu beendigen, der ganze Generationen vernichtet hat, sondern auch das Rüstungsgewerbe oder zum mindesten das letztere in den engsten Grenzen zu beschränken.“

Dafür, fügt Mr. Fleming hinzu, haben wir gekämpft, lange bevor der Krieg begann, und solange dies nicht erreicht sei und wenn Europa diesen Krieg nur beende, um wieder für einen neuen Krieg zu rüsten, sei die Zukunft dunkel.

„Ich muß es mir versagen“, fährt Prinz Hohenlohe fort, „noch weiter in Einzelheiten des sehr lehrreichen Artikels einzugehen. Ich möchte nur noch erwähnen, daß in den weiteren Ausführungen die Äußerungen des Mr. Wilson mit denen von Lord Asquith und Herrn v. Bethmann Hollweg in Parallele gestellt werden. In allen dreien trete derselbe Wunsch zutage, daß der Friede ein dauernder sein und allen Nationen, großen wie kleinen, dieselben Rechte und Möglichkeiten friedlicher Ergänzung und Arbeit bringen, die Herrschaft des Rechts besitzenden und die der Gewalt befehligen möge. Von dem Rest des Artikels möchte ich noch den Satz hervorheben, daß es „wünschenswerter sei, Frankreich und Belgien zu retten, als Deutschland und Österreich zu ruinieren“ und „daß es die Sache jedes einzelnen Volkes selbst sei, die für den Krieg Verantwortlichen zu bestrafen“. Mit letzterer Bemerkung wendet er sich gegen die oft in der englischen und französischen Presse geäußerte Behauptung, der Zweck des Krieges sei, „Deutschland zu bestrafen“.

Prinz Hohenlohe sieht in diesen Äußerungen des angesehenen englischen Finanzorgans, denen viele ähnliche zur Seite gestellt werden können, daß die wahre Volksmeinung in England eine andere sei, als sie die Londoner Presse des Herrn Hohenlohe und Konfessionen darstellt, und daß sich jetzt in England die Stimmen mehren, und zwar erstere Stimmen, welche sich nicht scheuen, dieser Meinung Ausdruck zu geben. Man brauche sich deshalb gewiß keinen Illusionen über einen vor der Tür stehenden Frieden hinzugeben; besonders sehe die Lage seit den letzten Tagen, wo fast an allen Fronten Kämpfe im Gange sind, von denen man weittragende, wenn nicht gar entscheidende Folgen erwartet, noch nicht danach aus, als ob schon sehr bald das Schwert der mündlichen Verhandlung weichen werde. Indessen müsse man die Wichtigkeit solcher Stimmen, wie der Sir Edward Goschen's, bezweifeln, der kürzlich erklärt hat, England denke zuerst nicht an Frieden. „Es wird auch von den Engländern“, schreibt Prinz Hohenlohe, „nicht geleugnet, daß in großen Teilen der englischen Bevölkerung dieselbe Sehnsucht nach Frieden besteht, wie anderswo, selbstverständlich nach einem „ehrenvollen“ Frieden. Es mag sein, daß die Gruppe von Anhängern der Friedensidee, welche in die englische Öffentlichkeit tritt, verhältnismäßig klein ist, aber die Zahl ihrer Anhänger im Lande wächst von Tag zu Tag. Auch ist es nicht richtig, daß die Friedensfreunde nicht im Parlament vertreten seien, haben doch schon wiederholt solche in beiden Häusern des Parlaments gesprochen. Sir Edward Goschen mag das ignorieren, früher oder später wird er doch zugeben müssen, daß die wahre öffentliche Meinung anders denkt als die Londoner Presse. Das hat Lord Loreburn, der frühere Kongler im Kabinett Asquith in einer längeren Zuschrift (die wir kürzlich im „Vorwärts“ wiedergaben) an den „Economist“ vom 10. Juni ausdrücklich zugegeben, in der er ausführt, es sei die Pflicht der Regierung, zu sagen, welches die Kriegsziele, die Verpflichtungen und die Aussichten Englands und welches die seiner Feinde seien. Er fügte hinzu, er sei überzeugt, daß mehr als eine neutrale Macht auf die Gelegenheit warte, ein ehrenvolles Ende des Krieges zu fördern, und daß, wenn man solche Mächte mit dem gehörigen Vertrauen behandeln wolle, sie auch Erfolg haben würde.

Prinz Hohenlohe betrachtet alle diese Äußerungen führenden Politiker als Symptome einer mit jedem Tage wachsenden Friedensbereitschaft, und er ist, wie er sagt, so optimistisch, zu glauben, daß die Verbreitung solcher Äußerungen beitragen kann, den Boden zu den kommenden Friedensverhandlungen vorzubereiten und die dazu nötige psychologische Atmosphäre zu schaffen.

„Daß es bringen notwendig ist“, schließt er, „nach und nach eine solche Atmosphäre zu schaffen, damit bei der ersten Gelegenheit Friedensverhandlungen auf Grund von vernünftigen Vorschlägen beginnen können, wer sollte das nicht wünschen, allein schon bei dem Gedanken an die Gefahren an allen Grenzen, vor allem an die Verge von Leichen, welche sich vor und innerhalb der Mauern von Verdun aufstürmen, Leiden von Angehörigen zweier Nationen, die ihrer Natur nach geschaffen sein sollten, sich zu ergänzen und gemeinsam an dem Werke der Zivilisation zu arbeiten, nicht aber sich gegenseitig auszurotten.“

Die englische Presse über die Kriegslage.

London, 3. Juli. (W. Z. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Abendblätter besprechen die englisch-französische Offensive in zurückhaltenden, sehr nüchternen Ausdrücken. So sagt Westminster Gazette: Die Offensive unterscheidet sich aller Wahrscheinlichkeit nach von den östlichen Offensiven des letzten Jahres, wie denen von Neuve-Chapelle, Loos und in der Champagne, und wir können nicht schnelle, entscheidende Ergebnisse erwarten. Wir müssen vielmehr vorwärts blicken auf die Zeit eines in die Länge gezogenen Kampfes, in der wir nicht nur zur Gewinnung von Gelände beizutragen hoffen, sondern zur Erschöpfung der feindlichen Widerstandskraft. Geländegewinn mag in diesem Kriege sogar von geringerer Bedeutung sein, vorausgesetzt, daß es uns gelingt, die Initiative zu gewinnen und zu behalten und am Ende der Operationen verhältnismäßig stärker zu sein als der Feind. Vor allem dürfen wir hoffen, daß jetzt ein enges Zusammenarbeiten zwischen allen Alliierten auf allen Kriegsschauplätzen besteht. Im gegenwärtigen Augenblick haben wir das willkommene Schauspiel, daß die Alliierten bereits überall die Offensive ergreifen. — „Pall Mall Gazette“ spricht sich ähnlich aus: Die Politik, die wir jetzt verfolgen, ist eine Politik des methodischen Angriffs, und die Kenntnis dieser Tatsache sollte alle Urteile über die Ergebnisse bestimmen. Wir haben seit Ypern, Neuve-Chapelle und Loos sehr an Erfahrung gewonnen, und die neue Politik wird wahrscheinlich nicht zu schnellen dramatischen Wechseln führen. Sie wird nur langsam vorgehen, aber wir erhoffen beständige Erfolge und eine gänzliche Erschöpfung des Feindes Schritt für Schritt durch unsere Übermacht an Metall und Explosivstoffen.

London, 4. Juli. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Zeitungsberichterstattung im britischen Hauptquartier melden, daß die Schwierigkeiten, auf die die Alliierten bei ihrer Offensive trafen, von dreierlei Art sind. Sie sehen sich Labirinth von Laufgräben, mehreren hintereinander gelegenen Reihen von Verschanzungen und Dörfern gegenüber, die durch Laufgräben miteinander verbunden sind. Um die Dörfer zu erreichen, die in verstärkte Plätze mit tiefen unterirdischen Gängen und Unterhöhlen verändert sind, mußten die Angreifer erst Laufgräben anlegen, die von Maschinengewehren, die bis zum letzten Augenblick verborgen gehalten waren, besetzt wurden. Da die alten Laufgräben dem Erdboden gleich gemacht sind, müssen die vorwärtstretenden Soldaten auch immer wieder neue Laufgräben anlegen. Der Prozentsatz der leichten Verwundungen soll sehr hoch sein und ungefähr vier Fünftel der Gesamtzahl betragen. Trotz der Vollkommenheit, mit der die artilleristische Vorbereitung durchgeführt wurde, kam es doch vor, daß Stachelbräutigamsperrungen wie durch ein Wunder vor der Zerstörung bewahrt blieben, und an diesen Stellen haben die Angreifer auch die größten Verluste gehabt. Die Deutschen bedienen sich zur Verteidigung meist der Maschinengewehre, die auf geheimnisvolle Weise aus Erdhöhlen herbeigetragen und mit großer Taperkeit bedient werden.

London, 4. Juli. (W. Z. B.) Reuter warnt davor, von der Offensive rasche Erfolge zu erwarten. Es sei schon jetzt klar, daß nur langsam Gelände gewonnen werden würde und daß dabei mit harter Arbeit und großem Aufwand gerechnet werden müsse. Das Publikum müsse Geduld haben.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. Juli. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittags. Nördlich von der Somme machten die Deutschen während der Nacht keinen Versuch gegen die von den Franzosen eroberten und eingerichteten Stellungen. Südlich von der Somme ging der Kampf am Tage und in der Nacht mit vollem Erfolge für die Franzosen weiter. Auf einer mehr als fünf Kilometer breiten Front haben sie die beiden Linien der deutschen Stellung nördlich von Meres-au-Court, das in ihrer Hand ist, bis an den Rand des Dorfes Avesvillers besetzt. Zwischen diesen beiden Stellungen haben sie in glänzenden Kämpfen das zur Verteidigung eingerichtete Dorf Herbecourt weggenommen und sind weiter südlich gegen Avesvillers vorgegangen, dessen nördlicher und südöstlicher Rand in ihren Händen ist. Nördlich vom Dorfe Estrée und zwischen diesem und Avesvillers haben die Franzosen ernsthafte Fortschritte gemacht. Während des Kampfes haben sie weitere Gefangene gemacht und schwere Geschütze weggenommen, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Am 1. Juli haben die Franzosen auf der Angriffsfront etwas mehr als neununddreißig deutsche Bataillone festgestellt; nach Gefangenausgaben sind einunddreißig davon vollständig desorganisiert, da sie erhebliche Verluste erlitten haben. Die Mehrzahl der von den Franzosen gemachten Gefangenen ist sehr jung; aus ihren Aussagen ergibt sich, daß das vorbereitende Feuer der französischen Artillerie äußerst wirksam gewesen ist; es hat nicht nur die Verteidigungsanlagen vernichtet, sondern auch jede Verbindung seitwärts und rückwärts aufgehoben, den Lebensmittelnachschub behindert und die Wertschätzung unmöglich gemacht. Während des französischen Artilleriefeuers haben die französischen Flieger dreizehn und am 1. Juli zwei deutsche Fesselballons in Brand gesetzt. Während des Angriffes waren die französischen Jagdflugzeuge Herren der Front; nur neun deutsche Flugzeuge haben sich gezeigt, keines von ihnen hat die französischen Linien überflogen, eines ist zerstört worden. Südlich von der Aisne in der Gegend von Vaucourt und im Bois-des-Vignes sind französische Erkundungsabteilungen in deutsche Gräben eingedrungen und haben sie mit Handgranaten geäubert. In der Gegend von Cassigny ist ein Handstreich auf einen deutschen Graben im Gehölz von Verlot bei Camy-sur-May geglückt. Eine andere französische Patrouille hat bei Brunay einige Gefangene gemacht und ein Maschinengewehr eingebracht. Am linken Maasufer war die Nacht verhältnismäßig ruhig, abgesehen von Artilleriefeuer auf die Stellungen westlich von der Höhe 304. Am rechten Ufer haben die Deutschen heute morgen nach heftiger Artillerievorbereitung einen starken Angriff gegen das Werk von Damloup vorgetrieben und sich seiner bemächtigt, aber ein französischer Gegenangriff, der bald darauf angelegt wurde, warf sie vollständig zurück und nahm das Werk wieder.

Paris, 4. Juli. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht von Montagabend. Nördlich der Somme, wo die Lage unbedeutend ist, wird keine Infanterieunternehmung während des Tages gemeldet. Südlich der Somme haben sich unsere Truppen, ihre Erfolge östlich des Waldes von Mercancourt fortsetzend, heute früh des Chapitre-Waldes und des Dorfes Feuillères bemächtigt. Weiter südlich wurde Avesvillers, der mächtige Mittelpunkt der deutschen Verteidigungsanlagen, angegriffen und nach einem glänzenden Sturm von unserer Infanterie genommen. Südlich von Avesvillers haben wir die zweite deutsche Stellung bis in die Nähe von Estrées erobert. Im Laufe des Nachmittags sind wir über die zweite deutsche Stellung hinausgerückt und haben Duncours (östlich von Feuillères) und Hancourt genommen. An dieser Stelle erreicht das von uns eroberte Gelände eine Tiefe von fünf Kilometern. Feindliche Verstärkungsabteilungen, die aus der Gegend von Vellon-en-Santerre gemeldet wurden, und andere östlich von Hancourt wurden unter das Feuer unserer Artillerie genommen und zerstreut. Unter dem in unsere Hände gefallenen Material haben bisher sieben Watterien, darunter drei schweren Kalibers, eine Menge Maschinengewehre und Schützengrabenanlagen gezählt werden können. Andere Batterien, die im Schutze der Asematten standen, und mehrere in Herbecourt haben noch nicht gezählt werden können. Die Anzahl der von den französischen Truppen gemachten unverwundeten Gefangenen überschreitet jetzt 8000. Auf beiden Maasufnern keine Infanterieunternehmung. Auf dem linken Ufer mittlere Artillerietätigkeit. Auf dem rechten Ufer heftige Beschließung der Gegend des Pfefferküdens, der Abzweigung des Werkes Thaumont und der Batterie von Damloup, die vom Feinde im Laufe des Tages nicht

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 4. Juli 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Während nördlich des Ancre-Baches der Feind seine Angriffe nicht wiederholte, setzte er starke Kräfte zwischen Ancre und Somme gegen die Front Thiepval-La Voiselle-Waldchen von Ranck, südlich der Somme gegen die Linie Barleux-Vellon an. Dem hohen Einsatz an Menschen entsprachen seine Verluste in unserer Artillerie und Infanteriefeuer. Die Angriffe sind überall abgeschlagen. Um den Besitz des Dorfes Hardecourt (nördlich der Somme) wurde erbittert gekämpft, die dort eingedrungenen Franzosen sind hinausgeworfen.

Nordöstlich von Ypern, westlich von La Bassée und in Gegend südwestlich von Lens wurden örtliche feindliche Vorstöße, östlich der Maas kräftige Angriffe gegen die „Hohe Batterie von Damloup“ glatt abgewiesen.

Die wiederholten amtlichen französischen Mitteilungen über Niederberührung des Werkes Thaumont und der Batterie von Damloup sind eben solche Fabeln wie die Angaben über Gefangenzahlen bei den Ereignissen an der Somme.

Deutsche Patrouillen brachen östlich und südöstlich von Armentières in die englischen Erkundungsabteilungen bei Exbrède (westlich von Mülhausen) in die französischen Stellungen ein; hier wurden ein Offizier, 60 Jäger gefangen genommen.

Neun feindliche Flieger wurden abgeschossen, davon fünf im Luftkampf, ohne eigenen Verlust, vier durch Abwehrfeuer.

Sechs der außer Gefecht gefetzten Flugzeuge sind in unserer Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Im Anschluß an die vielfach gesteigerte Feuerintensität haben die Russen abends und nachts auf der Front Marsz. See — Smorgon östlich von Wischnew an mehreren Stellen angegriffen, mit erheblichen Kräften beiderseits von Smorgon, bei Boguzze (nordöstlich von Krowo) und bei Sioikowschtschidna (südöstlich von Wischnew). Sie haben keine Vorteile errungen, wohl aber schwere Verluste erlitten.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Die kräftigen Gegenstöße unserer Truppen haben an den Stellen, wo es den Russen gelungen war, anfänglich Fortschritte zu machen, durchweg zum Erfolge geführt. An Gefangenen wurden hierbei 13 Offiziere und 1883 Mann eingebracht.

Heeresgruppe des Generals v. Linzinger.

Auch gestern warfen sich die Russen mit starken, zum Teil neu herangecillten Truppen unserem Vordringen in Massen entgegen. Sie wurden geschlagen. Unser Angriff gewann weiter Boden.

Armee des Generals Grafen v. Bothmer. Südöstlich von Tlumacz haben unsere Truppen in schnellem Fortschreiten die Russen in über 20 Kilometer Frontbreite und bis über 10 Kilometer Tiefe zurückgedrängt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabbericht.

Wien, 4. Juli. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: 4. Juli.

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina wiesen unsere Truppen vereinzelt russische Vorstöße ab. Bei Kilmca wird in unermüdlicher Festigkeit weiter gekämpft. Die von den Russen im Westen der Stadt geführten Angriffe drangen nicht durch. Im Norden — südöstlich von Tlumacz — schritten deutsche und österreichisch-ungarische Truppen erfolgreich vorwärts.

In Wolhynien versuchte der Feind, unser Vordringen durch Massenangriffe aufzuhalten. Er wurde überall unter schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Unsere Front zwischen dem Meer und dem Monte dei sei Fuß stand abends und die ganze Nacht unter dem härtesten Geschützfeuer und wurde unaufhörlich angegriffen. Die heftigsten Anstrengungen des Feindes richteten sich diesmal gegen den Rücken östlich von Ronjalcone, den unsere braven Landsturmtuppen gegen sieben Angriffe vollständig behaupteten. Vorstöße der Italiener gegen unsere Stellungen bei Ragai, am Monte Cosia und östlich von Selz wurden gleichfalls, zum Teil im Handgemenge, abgewiesen. Vor dem Monte San Michele verhinderte schon unser Geschützfeuer das Vorgehen der feindlichen Infanterie.

Nördlich des Suganertales scheiterten Angriffe der Italiener gegen unsere Stellungen am oberen Rasobach, auch nördlich des oberen Pofinaltales schlugen unsere Truppen mehrere starke Vorstöße des Gegners zurück.

Westen wurden hundertsechundsechzig Italiener gefangen genommen. Oberleutnant Johann Hoind hat sein drittes feindliches Flugzeug abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Daefer, Feldmarschalleutnant.

mehr angegriffen worden ist. In Belgien lebhafteste Artillerietätigkeit an der belgischen Front, wo ein Berührungskampf mit Erfolg auf die deutschen Stellungen von Driegrachten und Steenstraete ausgeführt wurde. Heftiger Handgranatenkampf im südlichen Teil der belgischen Front.

Die englische Meldung.

London, 3. Juli. (W. Z. B.) Haig meldet um 2 Uhr 30 Min. nachmittags: In der Schlacht südlich des Ancre wird weiter heftig gekämpft. Sämtliche von uns gestern gewonnenen Stellungen sind gehalten worden. Bei Voiselle und Abillers ist der Kampf besonders heftig. Gestern drangen britische Truppen in das Dorf Voiselle ein; der Kampf geht im Dorf noch weiter. Bei Abillers wird mit wechselndem Erfolge gefochten. Durch einen Angriff am frühen Morgen eroberten wir einen Teil der feindlichen Verteidigungsanlagen. 400 Gefangene kamen durch unsere Sammellager.

Unsere Flugzeuge waren gestern sehr tätig. Feindliche Flugzeuge, die in großen Abteilungen mehrere Angriffsversuche unternahmen, wurden weit hinter die eigenen Linien zurückgetrieben. Ein feindliche Maschine wurden niedergebacht.

London, 3. Juli. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Der Kampf dauert beinahe an der ganzen englischen Front heftig an. Oberhalb des Ancre ist keine Veränderung zu melden. Wir haben Thiepval heftig beschossen, um La Voiselle ist ein schwerer Kampf im Gange. Nördlich von Pricourt haben wir unsere Stellungen auf höheren Boden vorgetrieben und die Lage in dieser Gegend ist verwickelt. Bei Montauban dauert die schwere Beschließung durch die Deutschen an, aber wir scheinen an diesem Punkt gut eingerichtet zu sein. Die Zahl der deutschen Gefangenen, die sich im Süden in unseren Händen befinden, übersteigt 4000. Das Wetter ist unseren Unternehmungen weiterhin günstig.

London, 3. Juli. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bericht des Generals Haig: Nachmittags wurde der Kampf mit abwechselndem Erfolg bei La Voiselle und südlich von Thiepval fortgesetzt. Im allgemeinen verlief er zu unserem Vorteil. Durch feindliche Gegenangriffe südlich von Thiepval wurden einige unserer Truppen aus einem Teil der Stellung, die sie am frühen Morgen erobert hatten, vertrieben. Zahlreiche feindliche Angriffe auf anderen Punkten wurden mit großen Verlusten zurückgewiesen. An einigen Stellen kamen wir wieder ein gutes Stück vorwärts. Viele Waffen und Kriegsmaterial wurden erbeutet. Die Zahl der Gefangenen ist jetzt auf über 4800 gestiegen.

London, 4. Juli. (W. Z. B.) Haig meldet von gestern nachmittags: Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden, ausgenommen heftige feindliche Kanonade an einigen Stellen und eine große Vermehrung der Zahl der feindlichen Flugzeuge in den südlichen Abschnitten unserer Front am gestrigen Tage. Trotzdem führten unsere Luftkämpfer die ihnen übertragenen Aufgaben in der tapfersten Weise durch. Wir zerstörten heute einen Fesselballon, der in Flammen gehüllt, niederstürzte. Wir verloren seit Anfang der Schlacht auf der ganzen britischen Front insgesamt 15 Flugzeuge.

London, 4. Juli. (W. Z. B.) Weitere Ergänzung. Der heftige Kampf dauert an, aber er schreitet für uns in zufriedenstellender Weise fort, insbesondere in der Nachbarschaft von La Voiselle, wo sich die Überreste der Befestigung ergeben haben. An anderen Stellen des Schlachtfeldes sind einige weitere Fortschritte gemacht und weitere feindliche Verteidigungsanlagen genommen worden.

Opfer der Fliegerbomben.

Berlin, 4. Juli. (W. Z. B.) Wiederum haben Artilleriefeuer und Fliegerbomben unserer Gegner unter der friedlichen Bevölkerung in dem von uns besetzten französisch-belgischen Gebiete schwere blutige Verluste verursacht. — Nach den sorgfältigen, namentlichen Aufzeichnungen der „Gazette des Ardennes“ sind im Monat Juni 1916 dem Feuer der eigenen Landsleute zum Opfer gefallen: Tot: 6 Männer, 6 Frauen, 8 Kinder. Verwundet: 12 Männer, 27 Frauen, 13 Kinder. — Von den Verwundeten sind nachträglich 17 Personen erlegen: 1 Mann. — Hiernach erhöht sich die Gesamtzahl der seit dem September 1915 festgestellten Opfer der englischen, belgischen und französischen Beschließung unter den Bewohnern des eigenen oder verbündeten Landes auf 1478 Personen.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 4. Juli. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 3. Juli, 3 Uhr nachmittags.

Westfront: Zwischen Ethe und Stochod südlich vom Stochod wird weiter erbittert gekämpft. In der Linie Kobze—Helenowka Starh gingen die Deutschen nach Feuerüberfällen aus ihren Gräben vor. Unser Feuer trieb sie zurück. Ebenso griff der Feind unter dem Schutze eines äußerst heftigen Feuers südlich vom Dorfe Liniowka an, wurde aber von uns aufgehalten. Bei dieser Gefechts-handlung wurden die tapferen Obersten Panpuschko und Daschewitsch-Bortasch verwundet. 16 Offiziere, mehr als 800 Mann sowie 9 Maschinengewehre wurden eingebracht. Im Raume Zubino—Jaturze wurde dicke Massenangriffe der Oesterreicher mit schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. Mehr als 700 Mann wurden gefangen und 8 Maschinengewehre erbeutet. Östlich Ugrynow (18 Kilometer nördlich Zwinjace), zwischen Gorochow und Luck, hielten frische feindliche Kräfte unseren Angriff anfänglich auf und begannen uns aus der Nähe zu bedrängen. Dabei wurde der vorgehende Feind von unserer Kavallerie unter dem Oberst Kortischenow aus der Planke attackiert. In heftigem Ansturm wurde der Feind überritten und größtenteils niedergebacht.

Unsere Infanterie nahm, durch die Kavallerie so tatkräftig unterstützt, den Angriff wieder auf. Wir machten an dieser Stelle annähernd 8000 Gefangene.

Auf dem rechten Dnjepr-Ufer griff der zahlenmäßig weit überlegene Feind bei Iskolow (16 Kilometer südöstlich Rignow, 10 Kilometer nordöstlich Tlumacz) an, wir warfen ihn jedoch im Gegenangriff zurück. Bei dem darauffolgenden erbitterten Kampf wurde der tapfere Oberst Popow, Kommandeur eines Kosaken-Regiments, verwundet. Nach ergänzenden Meldungen haben die Truppen des Generals Leschik in den Kämpfen am Bezgenjzn (10,5 Kilometer westlich Kolomea) 7 Geschütze und vier Artillerie-Munitionswagen genommen.

Rechter Flügel: Im Raume von Riga beschloß unsere Land- und Schiffsartillerie die feindlichen Stellungen. Ein feindlicher Flieger warf erfolglos zwanzig Bomben auf unsere Kriegsfahrzeuge, und er verschwand, als er von einem unserer Wasserflugzeuge angegriffen wurde. An der Front des Generals Ewert machten die Deutschen in der Nacht vom 1. Juli zum 2. Juli einen Gasangriff in einem Unterabschnitt südlich Smorgon. Sie bemächtigten sich eines Teiles unserer Gräben, wurden aber wieder daraus vertrieben.

Kaukasus: Am Morgen des 1. Juli griffen die Türken ihren Stellungsschnitt am rechten Ufer des Samsun Dereßi, westlich Platana, den wir tags zuvor erobert hatten, wieder an. Sie wurden durch unser Feuer und einen Gegenangriff abgeschlagen und ließen viele Tote auf dem Platze. Ein Versuch der Türken, unsere Truppen im Raume von Diewigil anzugreifen, brach in unserem Speerfeuer zusammen. An der Straße nach Gümüşlane trugen die Türken am Tage und in der Nacht einige Angriffe vor.

die mit alle abschlagen. Im oberen Tschoral-Tal erhoben unsere Truppen auf einer ausgedehnten Front mehrere besetzte türkische Linien und nahmen dem Feinde Geschütze, Maschinengewehre und Bombenwerfer ab und fingen Offiziere und Soldaten. Alle Gegenangriffe der Türken in diesem Raume wurden mit schweren Verlusten für sie zurückgeschlagen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 3. Juli. (W. L. W.) Militärischer Bericht vom 3. Juli. Im Gebiete des Esikatales beizog der Feind gestern heftig unsere Stellungen von Terravalle bis zum Palubio. Einige Granaten fielen auf Ala. Unsere Batterien antworteten wirksam. Auf den Nordabhängen des Palubio dauert der Infanteriekampf mit großer Stärke an. Im Sotinale besetzen wir Eperon nordwestlich vom Monte Pruche, Molino im Sotinale und Scatolati im Tale des Freddobaches. Wir setzen unsere Unternehmungen gegen die feindlichen Hauptverteidigungspunkte in dieser Gegend, den Corne Costen, den Monte Seluggio und den Monte Cimone fort. Auf der Hochfläche von Schleggen (Asiago) trieben wir noch eine feindliche Abteilung über den Kamm im Norden des Sotinales zurück. An der übrigen Front verhältnismäßige Ruhe zum Zweck der Vereinfachung von Angriffsmitteln in dem hindernisreichen Gelände. Im Sotinale Zusammenstoß einzelner Abteilungen auf den Pängen Monte des Cibaron. Wir brachten dem Feind empfindliche Verluste bei und nahmen ihm Gefangene ab. In den Hochländern des Eut und der Bella lebhaft Infanteriekämpfe. Auf dem Karst griff der Feind gestern unsere neuen Stellungen östlich von Setz an und wurde nach heftigem Handgemenge zurückgeworfen. Italienische Flieger machten Streifen in das obere Asiatal und kehrten unverletzt zurück. Cadorna.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 4. Juli. (W. L. W.) Bericht des Hauptquartiers. An der Front keine Veränderung. In Südpersien zogen sich die Russen am 28. Juni von Kofjrebadab zurück, zogen nachts durch Harunabad und flohen eilig mit ihren Hauptkräften in Richtung auf Mahidecht. Die in Harunabad von den Russen zurückgelassene starke Nachhut konnte sich am 29. Juni vor der kräftigen Verfolgung unserer Vorhutabteilungen nicht halten. Die Russen räumten Harunabad und wurden gezwungen, sich in der Richtung ihrer Hauptstreitkräfte zurückzuziehen. — An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel keine wichtige Kampfhandlung. Lagerstätten und Ansammlungen des Feindes wurden wirkungsvoll durch unsere Artillerie beschossen. Auf dem linken Flügel sind unsere Truppen nördlich des Tschoral damit beschäftigt, die dem Feinde in den letzten Tagen abgenommenen Stellungen zu besetzen. In dem Abschnitt, der den rechten Flügel dieser Truppen, die nach Norden zu stehen, bildet, versuchte der Feind eine Offensive, die scheiterte. Wir machten einige Gefangene und Beute. Ueberraschungsunternehmungen, die der Feind auf einzelne Stellen des Küstenabschnittes unternahm, wurden mit Verlusten für den Feind zurückgeschlagen. Sonst ist nichts zu bemerken.

Feindliche Flieger über Sofia.

Sofia, 3. Juli. (W. L. W.) Meldung der Bulgaren Telegraphen-Agentur. Heute früh gegen 8 Uhr erschien ein feindliches Flugzeug für kurze Zeit über der Stadt und warf acht Bomben auf verschiedene Stadtteile, ohne Schaden anzurichten; von Abwehrgeschützen beschossen, ergriff es sogleich die Flucht.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 3. Juli. (W. L. W.) Lloyd meldet: Der britische Dampfer „Morris“, 3000 Tonnen, ist versenkt worden. Ueber das Schicksal der Besatzung ist nichts bekannt.

Die Kämpfe in Marokko.

Bern, 4. Juli. (W. L. W.) Wie „Temps“ meldet, haben die französischen Truppen noch immer mit den marokkanischen Aufständischen zu tun. Gegen die Stämme der Riata und Larain kam es sogar zum Nahkampf mit dem Bajonett, wobei die Franzosen zwei Offiziere verloren und zwanzig Verwundete hatten. Nachdem der Feind zerstreut war, wurden die Erntefelder angezündet. Die Truppen von Melines liegen noch gegen Sidi Naho im Kampfe. Die Aufständischen griffen die Nachhut an, wobei die Franzosen einen Toten und dreizehn Verwundete hatten. Die Aufständischen sollen nach der Verwundung ihres Führers Sidi Naho die Einstellung der Feindseligkeiten angeboten haben. An der Front von Tadia kämpfen die französischen Truppen gegen die Aufständischen, die sich in die Berge zurückzuziehen. Ansehend können die Truppen bei Beni Mellal sich nur darauf beschränken, die Rebellen an dem Ausmarschieren aus den Bergen zu hindern.

Die Erklärung der sozialistischen Kammerfraktion in Frankreich zur letzten Kreditbewilligung.

Die „Humanité“ gibt in ihrer Nummer vom 25. Juni den Wortlaut der Erklärung wieder, mit der die sozialistische Fraktion in der Deputiertenkammer durch den Mund ihres Sekretärs Hubert Rouger die Bewilligung der Kredite motivierte. Die Erklärung lautete:

„Heute wie vor 22 Monaten wird die sozialistische Partei die von der Regierung für die nationale Verteidigung geforderten Kredite bewilligen. Sie wird sie bewilligen, damit das brutale Angriffskriegs, bis ins Herz bedrohte Frankreich imstande ist, den Kriegsmassnahmen der Mittelmächte zu begegnen. Sie wird sie bewilligen, weil sie zu allen Anstrengungen, zu allen Opfern bereit ist, damit die territoriale Unversehrtheit Frankreichs gewährleistet wird, damit Elsass-Lothringen Genugtuung für sein im Jahre 1871 mit Füssen getretenes Recht erhält, damit die vollständige politische und ökonomische Wiederherstellung Belgiens und Serbiens gesichert und die Gewissheit eines dauernden Friedens erreicht wird.“

Indessen kann die sozialistische Partei nicht darauf verzichten, ihre Vorbehalte über die Art der Anwendung dieser Kredite zu formulieren. Die Partei ist der Ansicht, daß unsere wirtschaftliche und finanzielle Politik der dem Lande auferlegten Kriegspolizei nicht entspricht. Sie wünscht in dieser Hinsicht eine entschiedene Kraftanstrengung angewandt. Sie ist der Ansicht, daß die Sorge um die Würde und das materielle Wohlbefinden der Soldaten dem Charakter der bewaffneten Nation besser entsprechen müsse; daß die Maßnahmen kollektiver und sozialer Fürsorge, die das Volk gegen die Lebenssteigerung schützen sollen, teils allzu lange verzögert, teils ungenügend durchgeführt wurden. Die Partei ist schließlich der Ansicht, daß man sich bemühen müsse, eine immer wirksamere Uebereinstimmung in den Anstrengungen der verbündeten Länder herbeizuführen, damit die Einheit der militärischen und diplomatischen Aktion sowohl in der Forderung wie in den Zwecken des Krieges den Druck, der uns zum Frieden führen muß, unwiderstehlicher macht. In dieser Hinsicht haben die Regierungen viel-

leicht die Resultate, die zu erreichen sie sich vorgezogen haben, nicht mit genügender Deutlichkeit kundgetan.

Vor einem Jahre haben wir die Worte des Herrn Ministerpräsidenten gehört, der erklärte, daß der künftige Friede die Entwidlung jedes Volkes gemäß den ihm eigenen Anlagen gestalten müsse. Aber inzwischen hat Herr v. Bethmann Hollweg das Wort ergriffen.

Wir haben die Wendungen gewürdigt, in denen Herr Auklith und Sir Edward Grey, indem sie ihm mit Festigkeit antworteten, ohne brutale oder großprecherische Formeln wiederholt auseinandergesetzt haben, wie sie ihrem Parlament allgemeine und ernsthafte Friedensvorschlüge, die ihnen gemacht werden könnten, unterbreiten wollten und wie sie einen Frieden, der sich auf internationale Verträge stütze, zu begründen gedächten.

Wir bedauern, daß unsere Regierung nicht die Gelegenheit ergriffen hat, vor dem Parlament und dem Land, dem allein sie nach der Konstitution verantwortlich ist, durch den Mund des Ministerpräsidenten in angemessenen und wahlbezogenen Worten die Auffassung des französischen Friedens von Herrn Bethmann Hollweg formulierten, übrigens von der sozialistischen Minorität des Reichstags bekämpften deutschen Auffassung entgegenzutreten.

Es genügt nicht, daß Herr v. Bethmann Hollweg auf die Kriegskarte pocht. Die durch den englischen Seerieg (?) bestätigte Herrschaft über die Meere, die heroische Schlacht vor Verdun, die Faustpänder in den Kolonien, der Widerstand Italiens, der jüngste Sieg der Russen zeigen deutlich, daß die Verbündeten durchaus nicht gewillt sind, sich den Willen des Gegners aufzwingen zu lassen. Aber es hieße den Einfluß des Gegners auf sein eigenes Volk verstärken und den Bestand der unwiderrücklichen moralischen Kräfte zurückweisen, wollte man dem Reichskanzler vor seinem Volke die lägherische Behauptung erleichtern, daß der Krieg zu seinem Beginn als Ablichtung und daß er als Folge haben wird die Zerstörung der politischen Freiheit Deutschlands oder die Vernichtung seines wirtschaftlichen Lebens.

In dieser Stunde wird es allen offenbar, daß man, um die Wiederholung der über Europa entsetzten Barbarei zu vermeiden, an das zu denken hat, was man schon die Vereinigung der Nationen genannt hat. Zu diesem Zweck hat man immer wieder allen jenen, die nichts kennen als die Entscheidungen in der Gewalt unserer Willen zu dem Recht entgegenzusetzen, zum Recht, dem die verbündete Gewalt der Nationen nur das Gewicht der Sanktion zu verleihen vermag.

In Uebereinstimmung mit allen erklären wir, daß die verbündeten Nationen alle Maßnahmen zu ergreifen haben, die ihre Produktion und ihren Verkehr zu entwickeln, die Entfaltung und das Wachstum ihrer ökonomischen Solidarität zu fördern und ihnen vor einer unehelichen Konkurrenz Schutz zu gewähren imstande sind. Aber unsere Pflicht ist es auch, das Regime eines übertriebenen Protektionismus, dessen Kosten die arbeitenden Klassen aller Völker tragen müßten, nicht zu stärken, auch nicht in Hinsicht auf Deutschland ein System wirtschaftlicher Zurückdrängung zu beschließen, das sicher eine Quelle neuer Konflikte bilden und für unser Land gleichzeitig vielleicht einen Anlaß zu industrieller und kommerzieller Parität bedeuten würde.

Wir lehnen es ab, zu einem wirtschaftlichen Krieg das Unglück des europäischen Krieges zu verlängern.

In diesem Sinne, meine Herren, überzeugt, den Voraussetzungen eines dauernden Friedens zu dienen, werden wir die militärischen Kredite bewilligen.

Alle Völker wünschen den Frieden. Niemand sicherlich wird, ohne sich schwere Schuld gegen die ohnehin schon mißhandelte Menschheit aufzuladen, es wagen, die nutzlose Verlängerung der Europa vermissenden, Geißel zu verlangen.

Die Völker, der Sozialismus, der den Anspruch erhebt, ihre Interessen zu vertreten, haben zu wachen, daß keine Möglichkeit eines ernsthaften Friedens ihnen entgeht. Die Regierungen haben die Pflicht, wenn eine solche Möglichkeit auftaucht, sie zu prüfen mit der zweiseitigen Sorge: neue Opfer, neue Bestürzungen abzumenden und ein Regime des internationalen Rechts zu begründen, das bestimmt ist, für lange die Ruhe der Welt zu gewährleisten.

Weil wir uns über diese wesentlichen Ideen in Uebereinstimmung mit ganz Frankreich wissen, weil wir ferner glauben, daß wir hierdurch der allgemeinen Errichtung demokratischer und sozialistischer, den Frieden garantierender Institutionen dienen, verleiht die französische sozialistische Partei heute wie am 4. August 1914 der nationalen Verteidigung durch die Bewilligung der verlangten Kredite ihre uneingeschränkte Unterstützung.

Somit die Erklärung der Fraktion. In einer von Renaudel gezeichneten Notiz, die in der „Humanité“ unmittelbar hinter der Fraktionserklärung folgt, wird aus entscheidender Bestirtheit, daß diese Erklärung irgendwie Anlaß zur Spaltung der französischen Partei geben könnte. Sie sei fast einstimmig erfolgt, enthalte kein Wort, das den wahren Patriotismus verleihe, und kein Wort, das sich in Widerspruch setze mit dem sozialistischen Willen zum Frieden und zur internationalen Aktion der Völker. Wer also auf die Spaltung der Sozialisten spekuliert habe, möge Trouer anlegen. „Der Sozialismus“, so schließt Renaudel, „kennt seine doppelte Pflicht, die gegen das Vaterland, wo es im Recht ist, und die gegen die Menschheit, an die er glaubt.“

Daß und mit welcher Begründung drei französische Abgeordnete gegen die Kriegskredite gestimmt haben, haben wir bereits mitgeteilt. Aus dieser Tatsache allein ergibt sich, daß auch in Frankreich breite Arbeiterschichten die Politik der Kreditbewilligung selbst unter „Vorbehalten“ nicht mehr mitmachen. (2)

Politische Uebersicht.

Die Konservativen und der Reichskanzler.

Das preussische Herrenhausmitglied v. Herzberg-Cottin trommelt in der „Bommerischen Tagespost“ nochmals auf den Reichskanzler los, dessen alleiniges Kriegsziel die Befreiung „der lieben Juden“ sei. Herzberg-Cottin, dessen Sympathien für Ausland unverkennbar sind, schreibt:

„Wohl kaum zwanzig Prozent des deutschen Volkes hat unbedingt Vertrauen zur politischen Leitung des verantwortlichen Staatsmannes wegen seiner scheinbar wohlwollenden Politik gegen unsere Hauptfeinde: Amerika und England. Durch die Zensur wird versucht, die öffentliche Meinung hauptsächlich gegen Rußland einzunehmen, Rußland als den Hauptfeind auch für die Zukunft Deutschlands hinzustellen. Alle Neuierungen in dieser Richtung werden unbeanstandet der Öffentlichkeit übergeben. Der Herr Reichskanzler hat doch auch als bisher alleiniges positives Kriegsziel die Befreiung der polnischen Bevölkerung, d. h. „der lieben Juden“ von der russischen Gewaltherrschaft, im Reichstage proklamiert.“

Der Herr Reichskanzler hat nun die Männer, welche ihm durch Denkschriften entgegengetreten sind, als Vyraten der öffentlichen Meinung bezeichnet, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Angriffe dieser deutschen angesehenen Männer zu widerlegen. Im Volke wird es nicht verstanden, daß der Herr Reichskanzler, nachdem er den Entschluß gefaßt hatte, die Flucht in die Öffentlichkeit gegen diese Vyraten zu ergreifen, nicht auch die Denkschriften des Herrn Professors v. Liebig, welche in viel Tausenden Exemplaren seit Januar im Volke verbreitet worden sind, und in welchen eine atemberaubende Darstellung der Vorgänge vor und während

des Krieges versucht ist, zum Gegenstand seiner Kritik gemacht hat. Dem deutschen Volke würde eine Last von der Seele genommen werden, wenn der Herr Reichskanzler diese scheinbaren Beweisstücke seiner schwächlichen Politik für gefälscht erklären könnte! Veruchen diese Angriffe der Herren Kapp und v. Liebig nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers auf fallenden Voraussetzungen und gefälschten Akten, dann mag Herr v. Bethmann überzeugt sein, daß er auch das Vertrauen der Kreise gewinnen wird, welche früher als staatsverhaltende, königstreue galt, jetzt aber aber leider fast als Vaterlandsverräter verdächtigt werden, während der Sozialdemokrat Herr Scheidemann sich über die Kriegsziele des Herrn Reichskanzlers auszusprechen in der Lage war.“

Die Kriegszielforderungen der sechs Wirtschaftsverbände.

Die „Germania“ schreibt: Die in der Tagespresse verschiedentlich ausgetauchte Mitteilung, daß sich den Kriegszielforderungen der sechs großen Wirtschaftsverbände u. a. auch der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften angeschlossen habe, entspricht nicht den Tatsachen. Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften hat es vielmehr abgelehnt, diesen oder ähnlichen Eingaben, die sich mit den Kriegszielen befassen, seine Unterstützung zu geben.

Das „V. L.“ macht Mitteilung von einer Zuschrift des Syndikus des Zentralausschusses der Vereinigten Innungsverbände Deutschlands, nach welcher der Vorsitzende des Zentralausschusses zwar einer Einladung zu der Beratung über die Kriegsdenkschrift der sechs Wirtschaftsverbände im Reichstagsgebäude gefolgt sei, der Vorstand des Zentralausschusses aber angesichts der daraufhin überlieferten Schriften beifolgende habe, die Beteiligung an dieser Aktion abzulehnen. Eine ähnliche Mitteilung wird noch von einem anderen wirtschaftlichen Verbande gemacht.

Bändlerische Forderungen.

Freiherr v. Wangenheim hielt in der vorigen Woche in Essen einen Vortrag: „Die deutsche Landwirtschaft und der Krieg“. W. L. W. verbreitet nach der „Rhein. Zeitung“ aus dem Vortrag die Mitteilung, daß Herr v. Wangenheim die Notwendigkeit betont habe, uns die nächsten Monate im Fleischessen so krumm wie möglich zu legen, dann würden in kurzer Zeit bessere Verhältnisse kommen.

Herr v. Wangenheim hat aber noch viel mehr gesagt. Sein Vortrag war selbstverständlich im extrem-bändlerischen Sinne gehalten und gipfelte in der Forderung „vermehrten Schutzes für die Landwirtschaft“. Der Antrag Kapp sei der richtige Weg zum Schutze des einheimischen Getreidebaues. Mit Kartoffeln, Fisch und Fleischmehl sei neben Hintertoren derart ausreichendes Viehfutter im eigenen Lande zu schaffen, daß der gesamte Fleischbedarf im Lande gedeckt werden könne. Dazu müßte allerdings die Viehzucht rentabler gemacht werden. Der Mangel an Milchvieh sei nur auf die geringen Milchpreise zurückzuführen. Die Schweinefleisch sei sehr benachteiligt worden dadurch, daß die Industriearbeiter nur noch Magerfleisch verlangten. Bei Festsetzung der Kartoffelpreise unter dem Futterpreis hätte die Regierung mehr auf die Arbeitersekretäre gehört.

Trotz all solcher Auffassungen stellt Herr v. Wangenheim als Zukunftsforderung auf, daß die wirtschaftlichen Fragen nicht mehr in die Parteikämpfe hineingezogen werden dürften. Der Schutz der Landwirtschaft sei auch eine Frage der Landesverteidigung.

Hervé gegen Liebknecht.

Der französische „Sozialist“ Gustav Hervé schreibt, wie der „Voss. Zig.“ aus Genf gedruckt wird, in seiner „Victoire“ zu dem Urteil gegen Liebknecht: „Ich möchte Liebknechts Freunde in Deutschland darauf aufmerksam machen, daß zwischen der sozialistischen Minderheit in Deutschland, die sich Liebknecht mehr oder weniger anschließt, und der Mehrzahl der französischen Sozialisten, die ein Glied der gegenwärtigen Einmütigkeit des republikanischen Frankreich bildet, ein gähnender Abgrund klafft, bestehend in unserer Auffassung über das Völkerrecht.“

„Anti-J'accuse“ beschlagnahmt.

Eine vor kurzer Zeit im Verlage von Drell Jähli in Zürich erschienene Broschüre, betitelt: „Anti-J'accuse“, die zum Verfasser Kurt Grelting hat, ist beschlagnahmt worden. Diese Schrift hat sich zur Aufgabe gestellt, eine vor mehr als einem Jahre im gleichen Verlage erschienene Arbeit „J'accuse“ von einem Deutschen zu widerlegen. Während „J'accuse“ dauernd verboten ist, soll die Beschlagnahme von „Anti-J'accuse“ laut einem Berliner Blatt bald wieder aufgehoben werden. Die Schrift „J'accuse“ („Ich klage an“) behandelt die Schuld am Ausbruch des Krieges. (2)

Abgabe von Kleidung an Krankenanstalten.

Mit Zustimmung des Kriegsministeriums können die Krankenhäuser und sonstigen Anstalten, die ihren Bedarf bei der Reichsbekleidungsstelle angemeldet haben, die für den Kleinverkauf freigegebenen Mindestmengen im Einverständnis mit der Reichsbekleidungsstelle auch in Mengen über einen halben Stüd bezogen einem halben Dugend erwerben. In derartigen Fällen muß dem Verkäufer ein von der Reichsbekleidungsstelle ausgestelltes und vom Weisstoffmedizinalrat der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums abgestempelter Bezugsschein ausgestellt werden.

Erhöhung der Möbelpreise.

Wie die Vereinigten Verbände der Holzindustrie mitteilen, ist beschlossen worden, den Preis für rohe Möbel um 40 Prozent und den für gebeizte und polierte Möbel um 60 Prozent zu erhöhen.

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe an der Westfront.

London, 4. Juli. (W. L. W.) Neuter meldet aus dem britischen Hauptquartier: Der Feind, der durch zahlreiche Bataillone verstärkt ist, die von anderen Teilen der Front herangezogen wurden, fährt fort, unseren Truppen an allen Punkten sehr hartnäckigen Widerstand zu leisten. Während der Nacht kam es in der Nachbarschaft von La Voiselle zu erbitterten Kämpfen. Unsere Truppen kämpften mit großer Tapferkeit gegen wichtige Angriffe des Feindes, der einen kleinen Teil des Verteidigungswalles südlich des Dorfes zurückeroberete. Sonst ist die Lage in dieser Gegend unverändert. Weiter gegen Süden wurden einige Fortschritte gemacht. Während der Nacht eroberten unsere Truppen ein Geschütz, erbeuteten weiteres Kriegsmaterial und machten Gefangene. An anderen Stellen der Front fanden ohne Unterbrechung Laufgräbenkämpfe statt. Es wurden mehrere Ueberfälle ausgeführt. Zwei davon, in der Nachbarschaft von Armenieres, waren besonders erfolgreich. Ein feindlicher Ueberfall, der nach einer schweren Beschädigung versucht wurde, wurde mit Verlust einiger verwundeter Gefangener, die in unseren Händen blieben, zurückgewiesen.

Artilleriekämpfe am Dardar.

Bern, 4. Juli. (W. L. W.) Die Sonderberichterstatter der Basler Blätter melden heftiges Geschützkfeuer auf dem linken Dardarfer. Französische Flieger kreisen bis nach Rupe, wobei sie beim Gegner oft als Barbarei gescholtene Manöver ausführen, indem sie die Ernte im Strumikatal anzündeten.

Das tägliche Brot.

Zur allgemeinen Bestandaufnahme.

Der amtliche Nachrichtendienst für Ernährungsfragen teilt mit: Die Beratungen über eine allgemeine Bestandaufnahme sind in den letzten Tagen im Kriegsernährungsamt fortgesetzt worden. Die Besprechung kam zu dem Ergebnis, daß die Erhebung sich erstrecken soll auf Fleisch, Fleischwaren, Fleischkonserven und gemästete Konserven, ferner auf Eier. Allgemein war man der Ansicht, daß in Privat Haushaltungen nur die besonders wichtigen Nahrungsmittel zu erfassen seien, in den Gewerbe- und Handelsbetrieben in den Kommunen, Einkaufs- und Kriegsgesellschaften aber eine möglichst eingehende Aufnahme der einzelnen Lebensmittel erfolgen soll. Die Mehrheit kam zu der Ansicht, daß, wenn überhaupt eine Bestandaufnahme erfolge, sie jede Menge von Vorräten erfassen müßte, um sonst leicht entstehende Fehlerquellen zu vermeiden und ein genaues, statistisch brauchbares Material zu beschaffen. Bezüglich des Zeitpunktes der Erhebung entschied man sich für Ende August — Anfang September. Natürlich ist nicht beabsichtigt, — und das kann zur Beruhigung der Vorratsbesitzer gesagt werden, — die Vorräte zu beschlagnahmen; höchstens wird man da, wo in sinnloser Weise und zu spekulativen Zwecken gehäufert worden ist, oder Vorräte leicht verderblicher Waren aufgestapelt sind, die Vorräte in gewissem Umfang der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Wohl dagegen wird man bei der in Aussicht genommenen Verteilung neuer Vorräte den Haushaltungen ihre Vorratsmengen in Anrechnung bringen müssen.

Von der J. E. G.

Berlin, 4. Juli. (W. L. W.) Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft stellt angeichts der in verschiedenen Stadtverordnetenversammlungen, neuerdings in Hannover, gegen sie erhobenen Klagen fest, daß die Verteilung von Butter, Fleisch, Getreide, Hülsenfrüchten, Zucker und Reis überhaupt nicht in ihren Händen liegt. Die Verteilung der genannten Waren erfolgt teils auf Grund von Anordnungen der bekannten Zentralstellen (Reichsgetreidestelle, Reichszuckerstelle, Reichsfleischstelle, behördlicher Butterbeirat), teils auf Grund besonderer von der Reichsleitung festgesetzter Verteilungspläne (Hülsenfrüchte und Reis).

Hinsichtlich der auch in der erwähnten Versammlung vorgebrachten Klagen über die angebliche Verringerung der Lebensmittelzufuhr durch die straffe Durchführung der Einfuhr-Zentralisierung verweist die Gesellschaft auf die von dem Herrn Staatssekretär v. Dellferrich gemachte Feststellung, daß diese Klagen teils auf Irrtümern über die Tatsachen selbst, teils auf falscher Beurteilung der Zusammenhänge beruhen. Nach den gemachten Erfahrungen würde die Gestaltung der Einfuhr durch einzelne Gemeinden nicht die Gesamteinfuhrmenge vermehren, wohl aber die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel durch die zuständigen Reichsstellen behindern und zur Benachteiligung der übrigen Landesteile führen.

In der „Deutschen Fischereizeitung“ vom 14. Juni 1916 wird berichtet, daß Einkäufer der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. B. G. in Berlin angeblich von den niederländischen Händlern verlangen, daß sie Salzheringe in kleineren Tonnen, als den üblichen, und zu entsprechend niedrigeren Preisen liefern, um diese kleinen Tonnen dann in Deutschland als normale niederländische Tonnen zu den für solche geltenden höheren Marktpreisen verkaufen zu können.

Die Nachricht entbehrt jedes Grundes. In Holland kommen von jeder Heringe in Tonnen verschiedenster Größe zur Verladung. Daraus ergaben sich naturgemäß Mißstände; während des Kriegs war zudem die Füllung der Tonnen zum Teil unzuverlässig geworden.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat deshalb dafür gesorgt, daß durch eine Kontrollgesellschaft jede Partie Heringe vor der Verladung nach Deutschland genau auf Beschaffenheit, auf das Netto-Gewicht und die Stückzahl geprüft wird. Sie hat ferner mit allen Verkäufern den Einkaufspreis nach dem Gewicht vereinbart, wobei das durch die Kontrollgesellschaft endgültig festgestellte Nettogewicht zur Verrechnung kommt. Schiebungen, wie sie der Gewohrsmann der „Deutschen Fischereizeitung“ andeutet, ist dadurch wirksam vorgebeugt.

Pressevertreter in den Preisprüfungsstellen.

Das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps hat durch ein Rundschreiben den Gemeindeverwaltungen und Preisprüfungsstellen mitgeteilt, es lege Gewicht darauf, daß Vertreter der Presse als Mitglieder der Preisprüfungsstellen tätig seien, damit eine engere Verbindung zwischen diesen Stellen und der Presse hergestellt werde.

Verkehr mit Grünlern.

Eine Bekanntmachung vom 3. Juli 1916 regelt den Verkehr mit Grünlern. Die Herstellung von Grünlern aus Erbsen, Dinkel oder Einkorn, die in Süddeutschland gebräuchlich ist, ist den Landwirten gestattet. Rummelt wird vorgeschrieben, daß der Abzug lediglich durch eine vom Reichsfinanzminister bestimmte Stelle (es wird dies die Reichsgetreidestelle sein) erfolgen darf. Die Einzelbestimmungen entsprechen denen der Verordnung über Hülsenfrüchte und über Buchweizen und Hirse. Für Grünlern selbst ist ein Höchstpreis von 80 M. für den Doppelzentner festgelegt. Die Verordnung ist notwendig geworden, weil im Vorjahre die Preise für Grünlernerprodukte ungebührlich gesteigert wurden. Für die Gesamternährung ist die Grünlernerzeugung übrigens nicht von großer Bedeutung; sie hat im Jahre 1915 40 000 Zentner nicht überstiegen.

Die Verordnung gegen den Kettenhandel.

Ueber den Geltungsbereich der Verordnung vom 24. Juni betreffend den Verkehr mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels sind in der Öffentlichkeit Zweifel aufgetaucht. Insbesondere ist die Frage zweifelhaft, ob Agenten und Kommissionäre, zumal wenn sie im Transitverkehr für das Ausland arbeiten, dem Erlaubniszwang unterworfen sind. Demgegenüber sei festgestellt, daß sich der Erlaubniszwang auf alle im Verkehr mit Lebens- und Futtermitteln tätigen Personen und Gesellschaften — Abgeordneten — bezieht; er umfaßt also auch Agenten und Kommissionäre, gleichgültig, ob sie im Inlandsverkehr oder im Transitverkehr tätig sind.

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Erlaubniszwanges ist, wie § 1 der Verordnung bestimmt, der 1. August.

Aus Groß-Berlin.

Pilze- und Beeren sammeln im Kreise Teltow.

Wie der Regierungspräsident in Potsdam bekanntgibt, ist zum Einsammeln von Pilzen und Beeren das Betreten des Waldes in den königlichen Oberförstereien gegen Erlaubnis eines von dem Oberförster auszustellenden Erlaubnis-scheines, für den eine geringe Gebühr zu entrichten ist, gestattet. Die

Sammeltätigkeit wird in jeder Weise begünstigt. Der für das Familienhaupt ausgestellte Erlaubnis-schein gilt auch für die darin aufgeführten Hausgenossen. Vorzugsweise werden sich dabei alte oder jugendliche Personen betätigen können, soweit sie zu landwirtschaftlichen Arbeiten nicht befähigt sind und nach ihren gesamten Verhältnissen für eine solche Sammeltätigkeit in Betracht kommen.

Zum Betreten der Kommunal- und Privatforsten müssen die Sammler sich an die zuständigen Waldbesitzer wenden. Der Landrat des Kreises Teltow empfiehlt den Kreisbewohnern, sich nach Möglichkeit beim Einsammeln von Beeren und Pilzen zu betätigen und bittet die Besitzer von Waldungen, den Sammlern auf Antrag das Betreten des Waldes zur Ausübung dieser Sammeltätigkeit zu gestatten.

In einer Zeit, wie der jetzigen, wäre es doppelt erwünscht, wenn das Pilze- und Beeren-suchen nicht von der Lösung von Erlaubnis- und Gebühren-scheinen abhängig gemacht würde. Die „Tägliche Rundschau“ weist darauf hin, daß in Süddeutschland, wo die Pilze als wichtige Nahrungsmittel viel höher geschätzt werden als im allgemeinen bei uns, die „Schwammerljagd“ frei von jeder Beschränkung ist, ohne daß den Wäldern ein Schaden geschieht, und gegen Uebel-täter sühnen auch die Erlaubnis-scheine nicht, die manchen vom Pilzsammeln abhalten werden.

Ein recht befremdliches Vorkommnis wird uns aus Wandlitz gemeldet: Zwei Kinder eines schwer verletzten, in einem Lazarett liegenden Kriegsteilnehmers begaben sich in den dort angrenzenden Wald, um für die Mutter Blaubeeren zu sammeln. Sie hatten mit der Zeit einen halben Eimer solcher Beeren gesammelt und freuten sich schon darauf, die Mutter überraschen zu können. Da erscheint ein Mann auf der Wildfläche, der von den Kindern als der Förster gehalten wurde. Er fragte die Kinder nach dem Erlaubnis-schein. Die Kinder verneinten. Darauf meinte der Mann, dann müßten sie Strafe zahlen. Die Kinder jammerten, das könnte die arme Mutter nicht, da der Vater im Felde sei. Der Gestränge nahm den Eimer mit den Blaubeeren, kippte ihn um, zertrat die gesammelten Beeren mit den Füßen und schickte die armen Kinder heim. Die erzählten ihr Erlebnis und auf diesem Wege kam die Tat unter die Leute, die nun allenthalben ihrer Empörung Luft machten, daß in einer Zeit der Nahrungsmittelknappheit auf eine solch nichtsnutzige Weise Lebensmittel vernichtet werden.

Die Durchführung der Massenspeisung.

Die Massenspeisungs-Konferenz wurde am Dienstag fortgesetzt und beendet.

Ueber die praktische Durchführung der Massenspeisung in Hamburg referierte Direktor Dr. Lohse. Schon in den ersten Kriegswochen habe Hamburg zu Massenspeisungen schreiten müssen, weil ein großer Teil der Bevölkerung nur so noch ausreichend ernährt werden konnte. Die Abneigung gegen die Volksküchen zu bekämpfen, sei gelungen mit Hilfe der Gewerkschaften, die zu diesem Zweck große Versammlungen einberiefen. Hamburg verteilte jetzt täglich 165 000 Portionen zu dem etwa die Hälfte der Selbstkosten bedeckenden Preis von 20 Pf. und leistete den bedeutenden Zuschuß von monatlich 850 000 M. Die Massenspeisung habe aber auch verhärtet, daß die Kriegsfamilienunterstützungen erhöht werden mußten oder die Armenunterstützungen neuwertig stiegen. Redner empfahl nach dem Muster Hamburgs hauptsächlich eine zentralisierte Leitung der Küchen, gute Verteilung der Küchen über die ganze Stadt, Vereinfachung der Zubereitung, gute Verwertung der Abfälle, lautmännliche Verwaltung, Zuschuß der Gemeinde. Er forderte, daß die Gemeinden mit Massenspeisung bei der Lebensmittelverteilung bevorzugt werden.

Stadttrat Dr. Matthes-Dresden behandelte die Schwierigkeiten der Abgrenzung des Besucherkreises. Er erklärte sich gegen die Massenspeisung als Zwang, empfahl aber andererseits auch nicht die grundsätzliche Ausschließung bestimmter Bevölkerungskreise nach Einkommen oder Beruf. Zur Verhütung von Mißbräuchen hält er indes eine besondere Kontrolle für nötig.

Oberbürgermeister Dr. Dehne-Flauen erörterte die Frage der Anrechnung von Lebensmittelarten. Man müsse sie bejahen, weil durch die Massenspeisungen die Vorräte gespart und gestreckt werden sollen. Ohne Anrechnung sei von Massenspeisungen sogar Mehrverbrauch zu befürchten, der jetzt das Allerunwünschteste wäre. Erst nach der Ernte werde man wieder reichlicher versorgt sein.

Als letzter Referent sprach Prof. Dr. Stein-Frankfurt a. M. über Zentralisation und Dezentralisation. Beide seien bei den Massenspeisungen nötig, Zentralisation für die Leitung und den Einkauf, Dezentralisation für den Betrieb. Bevorzugung der Gemeinden mit Massenspeisung dürfe bei der Vorratsverteilung nicht stattfinden. Das könne geradezu zur Einrichtung von Massenspeisungen „animieren“.

Die Aussprache über die Referate wurde vom Vorsitzenden Minister von Möller eingeleitet mit der Bemerkung, daß die Frage, ob überhaupt Massenspeisungen eingerichtet werden sollen, doch wohl noch nicht überall entschieden sei.

Einige Redner unterzählten die Maßnahmen des letzten Referenten, Massenspeisungen nicht ohne dringenden Anlaß einzurichten. Bürgermeister Winter-Cönnern hielt für nötig, eindringlich zu wiederholen, daß man Gemeinden nicht dazu „animieren“ solle. Bedenklich scheint ihm auch eine Bevorzugung solcher Gemeinden bei der Vorratsverteilung. Stadttrat Dr. Paul-Magdeburg meint, es habe sich gezeigt, daß viele Kriegerfrauen zum Kochen zu bequem seien. Eine Rednerin aus Penney wies diese Einwendungen gegen ein angebliches Zuziel von Massenspeisungen zurück. Hauptsache sei doch jetzt, daß für gute Ernährung des Volkes gesorgt wird. Auch Thomas-Frankfurt a. M. verteidigte das Recht des Volkes auf ein warmes Mittagessen. Er nannte die Massenspeisungen ein Sicherheitsventil gegenüber der Unruhe der Massen. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß nach ärztlichen Erfahrungen viele Kinder des warmen Mittagessens entbehren. Besondere Rücksichtnahme auf die den Kranken und den Schwangeren nötige Ernährung forderte der Leipziger Arzt Dr. Vornstein.

Zur Frage der Durchführung der Massenspeisungen äußerte sich eine lange Reihe von Rednern. Die Anrechnung der Lebensmittelarten wurde allgemein als gerechtfertigt bezeichnet. Freilich hat man in manchen Orten beobachtet, daß dann die Benutzung der Massenspeisung nachläßt. Stadttrat Licht-Schöneberg sieht auch in der für Berlin geplanten Vorausbereitung auf eine ganze Woche ein „Abschreckungsmittel“.

Auch ein Vertreter des Handels ergriff das Wort. Er bat auf mehr Rücksichtnahme auf die Interessen der kleinen Händler.

Minister von Möller schloß die Konferenz mit der Mitteilung, daß die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ weitere An-

regungen für die Durchführung der Massenspeisungen entgegennehmen und bekanntgeben will. Er hofft, daß von den durch den Krieg notwendig gewordenen Einrichtungen manches in die Friedenszeit hinein fortbauern wird. Mit dem Genuß mancher Nahrungsmittel, z. B. des Fleisches, sei — meint Minister von Möller — ein „abscheuliches Prozedentum“ getrieben worden. Die durch den Krieg und aufgenötigte „Gewohnheit der Genügsamkeit“ solle, so wünscht er, in die Friedenszeit mit hinübergenommen werden.

Gegen den Wucher mit Kaninchen und Ziegen.

Gegen die Preistreiberei auf dem Kleintiermarkt sind jetzt die Landwirtschaftskammern einzuschreiten erjucht worden. Die Preisentwicklung ist hier zum Teil eine ganz ungefundene geworden. Besonders für Kaninchen und Ziegen werden Preise gefordert, die den Friedenspreis um das Drei- bis Vierfache übertreffen und als ungerechtfertigt, zum Teil geradezu als wucherisch bezeichnet werden müssen. Dazu kommen noch Lieferungs- und Zahlungsbedingungen, die gegen jeden guten Brauch verstößen. Derartige Vorwürfe sind nicht nur manchen Händlern, sondern auch vielen Züchtern zu machen. Durch die übermäßige Verteuerung werden gerade die ärmeren Volksteile schwer betroffen. Deren hauptsächlich Haustiere sind eben die Ziegen und Kaninchen. Es soll auf die Züchtervereine und Züchter eingewirkt werden, daß sie sich mit einer ausreichenden Preisobergrenze begnügen, andernfalls sollen ihnen keinerlei Beihilfen, Ausstellungsunterstützungen, Ehrenpreise usw. in Zukunft gewährt werden. Alle Fälle von wucherischer Ausnutzung der Geschäftslage sind unverzüglich der zuständigen Preisprüfungsstelle oder Polizeibehörde mitzuteilen. Auch die Landräte sind in diesem Sinne verständigt worden.

Schon die Wälder!

In recht netter Weise bittet die Verwaltung des bei Rauschen im Samland gelegenen Kurorts Georgswalde zu beherzigen, daß Wald und Anlagen der Allgemeinheit dienen und deshalb nicht eben durch Abreißen von Blumen, Einkerbungen von Ramen usw. ihrem Zweck entfremdet werden sollen. Am Eingang zu dem Kurort prangt eine Tafel mit folgender Inschrift:

Für jeden Fuß hier jeder Gang,
Für jeden Rücken jede Bank,
Für jedes Auge jede Blume
Zum allgemeinen Eigentume.
Für Herz und Sinn sei alles Dir —
Doch nichts ist für die Finger hier.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 9. Juli, findet die bereits angekündigte naturwissenschaftliche Sonntagswanderung nach dem Scharmützelsee, der Märkischen Schweiz und Budow statt; Ausgangs- und Endpunkt der Wanderung ist Dahmsdorf-Müncheberg. Abfahrt: 6.41 Uhr morgens, Bahnhof Friedrichstraße (Fernbahnhof) mit Sonntagsrückfahrkarten 3. Klasse. Fahrgeld insgesamt 2,30 M. — Weglänge etwa 35 Kilometer.

Treffpunkt: Bahnhof Dahmsdorf-Müncheberg (außerhalb der Bahnsperrung). — Proviant für den ganzen Tag ist mitzubringen; der Ausflug findet bei jedem Wetter statt. Teilnehmerkarten zu 30 Pf. sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses (Jugendsekretariat), Lindenstr. 3, im Wahlvereinsbureau des IV. Kreises (Straßauer Platz 10/11) und im Wahlvereinsbureau des VI. Kreises (Berichtstr. 71).

Donnerstag, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Vortragsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Treppen: Wissenschaftlicher Einzelvortrag. Genosse Eduard Bernstein wird über das Thema: „140 Jahre Vereinigte Staaten“ sprechen. (Am 4. Juli 1776 erfolgte die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Nordamerika.) — Eintrittspreis: 10 Pf.

Die Sonderbesteuerung der Herrschaft Lanke.

Vor dem Potsdamer Bezirksauschuss wurde gestern über die Umsatztsteuerfrage der Stadt Berlin gegen den Kreisauschuss des Kreises Niederbarnim verhandelt. Die Stadt Berlin hatte, wie bekannt, im Jahre 1913 die Herrschaft Lanke mit den Nebengütern für insgesamt 19 577 287,72 M. gekauft. Während der Kaufverhandlung beschloß nun der Kreis Niederbarnim eine Umsatztsteuerordnung, durch die der Steuerfuß bei Objekten von über fünf Millionen Mark von 1/2 auf 1 Proz. erhöht wurde. Demnach würde die Stadt Berlin zu 193 370 M. Umsatztsteuer veranlagt. Gegen diese Veranlagung richtete sich die Klage mit dem Antrage, die Steuer für ungültig zu erklären, da sie ungewisslich in der Absicht beschlossen worden sei, diesen neuen Umsatz an Berlin steuerlich zu erfassen, und weil sie ferner nicht den Wert der Neben-güter bei der Besteuerung ausgeschaltet, sondern Lanke als wirtschaftliche Einheit aufgefaßt habe. Der Bezirksauschuss wies in der gestrigen Verhandlung die Klage der Stadt Berlin in vollem Umfange als unbegründet ab. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, es sei gleichgültig, wann die Steuerordnung beschlossen und genehmigt wurde. Für die Gültigkeit sei nur maßgebend, daß sie nach den objektiven Merkmalen aufgestellt sei. Die Steuerordnung sei deshalb ungewisslich gültig. Es handele sich bei dem Beschluß nicht darum, ob verschiedene rechtliche Verhältnisse vorliegen, und wie er bewirtschaftet wird. Maßgebend sei nur, daß der Umsatz eine Einheit umfasse, daß der wirtschaftliche Vorgang beim Verkauf ein einheitlicher gewesen sei, daß sich das Geschäft zwischen denselben Parteien abgespielt habe, und der einheitliche Wille beider darauf gerichtet gewesen sei, den Übergang des Objekts von einem auf den anderen zu betwetteln.

Gegen den Entscheid kann das Oberverwaltungsgericht angerufen werden.

Ein tödlicher Unglücksfall

Hat sich in der Maschinenfabrik Oberschöneweide zugegetragen. Dort hatte der Monteur Friedrich Marget von der Firma Kelling in Berlin in unmittelbarer Nähe eines in Betrieb befindlichen Lastfrankes Rohrleitungen zu legen. Um nicht gefährdet zu werden, stellte er dem 63-jährigen Rohrleger Theodor Dawicki den Auftrag, darauf zu achten, wann der Kran in Bewegung gesetzt und ihm dann jedesmal ein Zeichen zu geben. Da zunächst der Kran aber eine Zeitlang nicht benutzt wurde, ließ D. in seiner Aufmerksamkeit nach und beugte sich schließlich über die Kranlaufschienen hinweg, um dem Monteur bei der Arbeit zuzusehen. Dabei nahm er nicht

war, daß inzwischen der Kran in Betrieb gesetzt worden war. Er wurde zwischen Kran und einem Eisenpieiler gequetscht und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Enttäuschte Pilzwanderer. Zu unserer unter vorstehender Spitzmarke veröffentlichten Notiz sendet uns der Veranstalter der Pilzwanderungen, Herr Volte aus Wolterdorf, eine längere Zuschrift, in der er unsere Angaben nur bestätigt. Er bestätigt, daß von jedem erwachsenen Teilnehmer 80 Pf. und für jedes Kind 15 Pf. Teilnahmegebühr erhoben wird, eine Angabe, die in seinen Ankündigungen nicht zu finden ist. Das wäre die Pflicht des Herrn Volte gewesen. Wäre das geschehen, so wäre die Enttäuschung der Teilnehmer etwas weniger groß gewesen. Dann aber hätten die Zeitungen auch seine Veranstaltungen als das angesehen, was sie sind, als ein reines Geschäftsunternehmen und hätten die Ankündigungen des Herrn Volte nicht so ohne weiteres im redaktionellen Teil ihrer Blätter aufgenommen, sondern ihn in den Inseratenteil verwiesen. Herr Volte rechtfertigt die Erhebung der Teilnahmegebühr mit dem Hinweis, daß doch niemand umsonst arbeiten könne. Er meint, wir forderten von ihm, „er solle eine sehr anstrengende und verantwortungsvolle Betätigungstätigkeit völlig umsonst leisten“. Das fordert niemand von Herrn Volte. Wogegen wir uns wenden, ist, daß Herr Volte nicht unter dem Pseudonym des wohlthätigen Menschen Geschäfte machen und das Publikum täuschen soll. Das ist aber durch seine Ankündigung geschehen. Was Herr Volte sonst noch zu unserer Notiz sagt, ist belanglos, als daß wir im einzelnen darauf eingehen. Die Leser werden wissen, was sie von Herrn Volte zu halten haben.

Zwei gewerdmäßige Grabdenkmalsblöcke wurden gestern von der Reutländer Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Zwei achtzehnjährige Burchen betrieben, wie sie jetzt selbst einräumen, schon seit längerer Zeit eine „Spezialität“, die in der Kriminalgeschichte wohl nicht sehr häufig verzeichnet ist. Abweichend von anderen Grabhändlern, die die Denkmäler der Toten ihrer metallenen Einfassungen und dergleichen berauben, stahlen sie Grabsteine und Platten. Am besten Tage suchten sie mit einem Handwagen die großen Friedhöfe der Thomas-, Emmaus-, Jakob-Gemeinde u. a. auf, hoben die Denkmäler von den Grabstätten ab und schafften sie weg, ohne sich von jemandem hören zu lassen. Gestern traf ein Friedhofsarbeiter sie bei der Arbeit auf dem alten Thomas-Friedhof zu Reutlän. Sie schafften eben wieder drei Denkmäler und eine Granitplatte auf ihren Handwagen. Zur Rede gestellt, erklärten sie, daß sie Steinmetzgehilfen und braustragen seien. Die Denkmäler umgearbeiten. Der Friedhofsarbeiter veranlaßte aber doch, daß die Kriminalpolizei auf die angeblichen Steinmetzgehilfen aufmerksam gemacht wurde. Sie ging der Sache auf den Grund, fand die Denkmäler und die Platte auf dem Lagerplatz des Vaters des einen Burchen, der in der Reutländer Straße ein Steinmetzgeschäft betreibt, und beschlagnahmte sie. Die beiden Burchen brachten die gestohlenen Denkmäler jedesmal nach diesem Lagerplatz, kragten die Inschriften ab und verkauften dann die feilsamen Beutestücke.

Ein schwerer Straßeneinbruch hat sich am Montagabend gegen 8 Uhr in der Germaniastraße in Tempelhof ereignet. Dort versuchte vor dem Hause 13 der Arbeiter August Winter unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Ringlinie 1 das Gleis zu überschreiten. Er wurde jedoch von dem Bahnwagen erfaßt, umgestoßen und erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster einen Schädelbruch. Der Verunglückte wurde nach dem Reutländer städtischen Krankenhaus in Budow gebracht.

Ein großer Kaninchenraub ist dieser Tage in der Laubenkolonie „Morgenrot“ am Tempelhofer Weg in Orly verübt worden. Die Spitzhunden erdröhen nicht weniger als sieben Lauben und stahlen daraus alle vorhandenen Kaninchen, die sie an Ort und Stelle töteten, um die Beute besser fortzuschaffen zu können. Den Fährten fielen auf diese Weise etwa zwanzig große Welpen und mehr als dreißig junge Tiere edelster Rasse in die Hände, die einen erheblichen Wert haben. Die Diebe sollten sich jedoch nicht lange ihrer Beute freuen. Als sie auf dem Rückwege die Chausseestraße passierten, fielen die mit Säcken beladenen Männer mehreren Trainsoldaten auf. Als die Feldtruppen die Verdächtigen feststellten, ergriffen letztere die Flucht. Zwei von ihnen wurden jedoch eingeholt, überführt und der Polizei übergeben. Die Verhafteten entpuppten sich als die schon mehrfach bestrafte „Arbeiter“ Karl Bartel und Wilhelm Wolf aus Berlin. Die geschlächeteten Kaninchen wurden den Eigentümern wieder zugestellt.

Gesangskonzert. Am Sonnabend, den 8. Juli, veranstaltete der Männerchor „Fichte-Georgia“ (M. d. D. A. S. V.) mit dem Bläserorchester ein Sommerkonzert im „Paradiesgarten“, Treptow. Anfang des Konzerts 7 Uhr. Eintritt 80 Pf.

Aus den Gemeinden.

Einführung von Nahrungsmitteln in Charlottenburg.

Die Stadt Charlottenburg wird am Freitag, den 7. Juli, mit einer Verteilung von Nahrungsmitteln an seine gesamte Einwohnerschaft beginnen. Für diese Verteilung gibt die Stadt eine Nahrungsmittelliste an jeden Einwohner aus, der eine Hauptkarte erhält. Die Nahrungsmittelliste ist mit acht abtrennbaren Abschnitten versehen. Durch Bekanntmachung wird jedesmal mitgeteilt, welcher Abschnitt der Nahrungsmittelliste Gültigkeit hat, für welche Dauer, für welche Art von Nahrungsmitteln und für welche Mengen. Am Freitag, den 7. Juli, tritt der Abschnitt I in Kraft, der bis einschließlich den 15. Juli einzuwirken ist. Auf jeden Abschnitt wird in den Charlottenburger Geschäften, die durch Ausbauge kennlich gemacht sind, 1/2 Pfund Feinwaren (Rudeln und Kaffaroni) abgegeben, so daß also eine Familie von 4 Köpfen 2 Pfund erhält. Der Preis beträgt für die erste Sorte 72, für die zweite Sorte 51 Pf. für ein Pfund. Es ist beabsichtigt, nach dem 15. Juli auf die anderen Abschnitte andere Nahrungsmittel an die gesamte Bevölkerung zu verteilen, und zwar voraussichtlich auf dem Abschnitt II Griech oder Graupen. Die Nahrungsmittellisten werden am Donnerstag, den 6., und Freitag, den 7. Juli, auf den Brotkommissionen an die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter ausgegeben, die umgehend die Verteilung vorzunehmen haben. Mit diesen Nahrungsmittellisten werden Sonderkartellisten verteilt, die für die laufende Woche Gültigkeit haben und die zum Bezug von 8 Pfund Kartoffeln oder 850 Gramm Brot berechtigen. Um denjenigen Charlottenburger Einwohnern, die auf das Mittelstück ihrer Hauptkarte nicht 8 Pfund Kartoffeln erhalten, einen Ersatz in Brot zu geben, wird von Donnerstag ab in den Brotkommissionen gegen Vorzeigung der Mittelstücke der Charlottenburger Hauptkarte, Serie 40-48, soweit auf diese Mittelstücke Kartoffeln noch nicht bezogen sind, eine zweite Sonderkarte herausgegeben. Das betreffende Mittelstück wird in der Brotkommission durch Kreuzen entwertet.

Vom Steglitzer Fleischverkauf.

Um das Kuffellen vor den Fleischläden nach Möglichkeit zu verhindern, hat der Gemeindevorstand angeordnet, daß die Schlächtermeister ihre Kunden zu bestimmten Stunden an den Verkaufstagen aufsuchen, und zwar vormittags in drei Gruppen von 7 bis 9, 9 bis 11 und 11 bis 1 Uhr, nachmittags in einer Gruppe von 5 bis 7 Uhr. Von 7 bis 8 Uhr abends sind alle diejenigen abzufertigen, die in der für sie festgesetzten Zeit aus triftigen Gründen am Fleischverkauf verhindert waren. Die Behinderung muß jedoch glaubhaft nachgewiesen werden. Der Kauf erfolgt am Abend vorher durch Auszahlung am Schaufenster. Damit nicht die gleichen Kunden jedesmal zur gleichen Zeit abgefertigt werden, sind die Kundengruppen abwechselnd zu den verschiedenen Verkaufsständen aufzurufen. Ferner ist angeordnet worden, daß Mägen- und Baus-

felt wie schieres Fleisch nur mit vier Pfund der Wochenmenge abzugeben ist und daß höchstens die Hälfte der Wochenmenge in Fett verkauft werden darf. Leber wird wie Fleisch mit eingewachsenen Knochen bewertet.

Medizinische Behandlung der Charlottenburger Kriegerfamilien.

Die Charlottenburger Stadtverwaltung läßt seit dem 1. Oktober vorigen Jahres erkrankte Angehörige von Kriegsteilnehmern anstatt durch die Stadtdärzte durch vertraglich verpflichtete Ärzte behandeln, da die Stadtdärzte durch eine Uebernahme der Behandlung überbürdet worden wären. Der Magistrat hat nun der Verlängerung des hierauf bezüglichen Abkommens mit dem Charlottenburger Ärzteverein auf Grund des Systems der Einzelberechnung zugestimmt, da dieses System sich durchaus bewährt hat. Ferner stimmte der Magistrat dem mit dem zahnärztlichen Verein Charlottenburg, Schöneberg, Groß-Berlin W. getroffenen Abkommen betr. die zahnärztliche Versorgung der Kriegerangehörigen zu.

Die Gemeinde Nowawes als Viehhalterin.

Nachdem die Gemeinde vor einiger Zeit eine eigene Schweinemästerei eingerichtet, deren Bestand zurzeit 150 Schweine beträgt und auf dieser Höhe auch weiterhin gehalten werden soll, hat sie jetzt auch eine größere Anzahl Ziegen angeschafft, um beim Knappwerden der Milch wenigstens den Bedarf frischer und schmackhafter Personen wie auch der eigenen Speiseanstalt sicherzustellen. Die Schweine und Ziegen sind in gepackten Ställen untergebracht und werden teils mit selbstproduzierten Futtermitteln, teils mit solchen aus Privatbäuhaltungen und Kasernen gemästet bzw. gefüttert. Jetzt plant die Gemeinde auch noch die Einrichtung einer Kaninchenzucht in größerem Maßstabe.

Soziales.

Festsetzung der Ortslöhne.

Berlin, 4. Juli. Durch Bekanntmachung vom 4. September 1914 und vom 19. August 1915 ist die Frist, für welche die erstmalige Festsetzung der Ortslöhne (§ 151 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung) gilt, bis zum 31. Dezember 1916 verlängert worden. Durch eine Bekanntmachung vom 3. Juli 1916 hat der Bundesrat nun eine weitere Verlängerung dieser Frist bis zum Schlusse des Kalenderjahres verfügt, das dem Jahre der Beendigung des gegenwärtigen Krieges folgt. Die Fristsetzung war nötig, weil unter den außergewöhnlichen Verhältnissen des Krieges eine Grundfrage, auf der die Ortslöhne für einen längeren Zeitraum neu festgesetzt werden könnten, nach wie vor fehlt.

Krankenversicherung bei Ersatzklassen.

(M. L. V.) Aus einer Verordnung des Bundesrats vom 3. Juli 1916, betreffend Krankenversicherung bei Ersatzklassen, ist folgendes hervorzuheben:

Die Satzungen vieler Ersatzklassen schreiben vor, daß bei Eintritt in den Heeres-, mithin auch in den Kriegsdienst, die Mitgliedschaft bei der Kasse erlischt, ruht oder nur mit beschränktem Rechte fortbesteht. Damit ist diesen Mitgliedern die Möglichkeit der Weiterversicherung während der Leistung von Kriegsdiensten, die ihnen bei den gesetzlichen Zwangsklassen zugestanden hätte, genommen oder doch erschwert worden. Demgegenüber gibt die erwähnte Verordnung denjenigen Mitgliedern von Ersatzklassen, denen bei den Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung das Recht der Weiterversicherung zugestanden hätte, nunmehr dieses Recht in vollem Umfange auch gegenüber ihren Ersatzklassen. Wer von diesem Recht der Weiterversicherung Gebrauch machen will, muß dieses binnen drei Monaten, vom Tage der Veröffentlichung der Bekanntmachung ab, beim Vorstände seiner Ersatzklasse beantragen. Wer später eingezogen wird, hat für den Antrag nur eine Frist von drei Wochen. Voraussetzung für die Wirkung des Antrags ist die pünktliche Zahlung der satzungsmäßigen Beiträge. Alle zur Fahne einberufenen, bisher versicherungspflichtigen Mitglieder von Ersatzklassen werden gut daran tun, sich durch rechtzeitige Antragstellung den Anspruch auf die Klassenleistungen auch während der Dienstzeit zu sichern. Weiterhin räumt jene Verordnung allen Ersatzklassenmitgliedern der gedachten Art, deren Mitgliedschaft infolge des Diensttritts erloschen und demnächst nicht wieder aufgenommen ist, die Befugnis ein, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat in die Versicherung bei ihrer Ersatzklasse wieder einzutreten. Damit wird auch für die Ersatzklassen jenen Grundfah Geltung verschafft, der durch das Kriegsgefeß vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 334) und durch die Bekanntmachung vom 28. Januar 1915 für die Krankenkassen durchgeführt ist und dahin geht: niemand soll durch die Leistung von Kriegsdiensten hinsichtlich der Anwartschaft geschädigt, die ganze Kriegsdauer also insoweit hinterher als nicht vorhanden betrachtet werden.

Berichtszeitung.

Verfüttern von Brotgetreide.

Das Landgericht Stargard i. P. hat am 11. Mai den Rittergutsbesitzer Louis Dentler wegen verbotswidrigen Verfütterns von Brotgetreide zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt. Als Mitangeklagter ist sein Hofmeister Schilke wegen desselben Vergehens zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Der Angeklagte ist Besitzer des Ritterguts Birzhof, Kreis Dramburg, auf dem er im Jahre 1915 einen Bestand von 24 bis 27 Pferden hatte. Ihm ist zur Last gelegt worden, sich dadurch gegen die Bekanntmachung des Bundesrats betreffend den Verkehr mit Mehl und Brotgetreide vom 25. Januar 1915 fortgesetzt verfahren zu haben, daß er seine Pferde mit beschlagnahmtem Weizen und Roggen aus dem Jahre 1914 und früheren Jahrgängen füttern ließ, obwohl dies Getreide ausschließlich als Lebensmittel für Menschen dienen durfte. Auf seine Anweisung hin ließ der Mitangeklagte Sch. das Getreide durch die Anechte verfüttern. Der Angeklagte D. hatte sich zwar damit zu entschuldigen versucht, daß er sagte, es habe sich um dumpfes und nasses Getreide gehandelt, welches für menschliche Nahrung nicht mehr geeignet war, doch hat das Gericht dies als widerlegt angesehen.

Gegen das Urteil hatte nun der Angeklagte D. Revision eingelegt. Das Reichsgericht verwarf am Montag die Revision.

Kindesmishandlung.

Das Schicksal eines vorehelichen Kindes beleuchtete eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte, die gestern gegen die Frau E. L. E. M. e. g. o. w. wegen gefährlicher Körperverletzung stattfand.

Sie wurde beschuldigt, ihren unehelichen Sohn, den Schüler Otto Janak, mittels gefährlichen Werkzeugs sowie grausamer und boshafter Behandlung mißhandelt zu haben. Der Kleine Janak wurde zunächst bei seiner Großmutter erzogen, als seine Mutter heiratete. Später nahm ihn diese zu sich und nun soll für ihn eine böse Leidenszeit begonnen haben. Wie die Nachbarn behaupten, hat die Angeklagte ihren unehelichen Sohn bei den geringfügigsten Anlässen auf das heftigste geschlagen. So soll sie ihn, wenn er einmal zu seiner Großmutter gegangen war, in Abständen von zehn Minuten über eine Stunde lang mit Rohrstock, Auslöcher oder einem ähnlichen Gegenstand bearbeitet haben, ihn manchmal dazu aus dem tiefsten Schlafe reizend. Als eine unter ihr wohnende Nachbarin eines Abends schließlich das läge die Geschrei des Knaben nicht mehr mit anhören konnte und deswegen zu ihr hinaufging, Inzeratenteil veranw.: Th. Glodt, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

um die Vorhaltungen zu machen, sah sie, daß der Junge grün und blau geschlagen war. Ebenso behaupten andere, gesehen zu haben, daß er diese Striemen auf dem Kopf und auf dem Rücken bis hinunter zu den Kniekehlen hatte. Daß sie nicht zusehen hatten, ergab sich aus dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Ragedom, der den Knaben untersucht hatte, nachdem er schließlich der Mutter fortgenommen worden war. Nach ihm wies der Rücken 80 bis 40 Striemen auf, während das Gesicht infolge von Schlägen derart verformt war, daß sich keine weiße Stelle mehr zeigte. Das Gesicht erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

Aus aller Welt.

Kriegs-Viehpreise.

In Königsberg fand die Zuchtvieh-Auktion der Ostpreussischen Händlervereins-Gesellschaft statt, auf der die geforderten Mindestpreise für ganz junge Kühe um das Fünftel und Sechsfache überstiegen wurden. Für eine dreijährige Kuh waren 400 M. gefordert worden; sie brachte aber 2500 M. Zwei weitere Kühe, die noch jünger waren, brachten über 2000 M. Fast alle weiblichen Tiere wurden zu Preisen über 1000 M. verkauft; 190 Tiere brachten einen Gesamterlös von 886 800 M.; 118 Stiere wurden für 239 290 M. verkauft. Der Durchschnittspreis betrug 2000 M. gegenüber 1200 M. im Vorjahre. Es ist also nahezu eine Verdoppelung des Durchschnittspreises eingetreten. Einjährige Zuchtstiere, für die als Mindestpreis 4000 M. gefordert waren, brachten bis 8600 M.

Vom Schnellzug überfahren. Auf dem Bahnhof Großbeeren wurde am Montagabend von dem Schnellzug Dresden-Berlin ein Milchfuhrwerk überfahren. Die Geschäftsführerin, ein Dienstmädchen namens E. W. i. e. l., wurde getötet.

Ein Gewitter von fester Heftigkeit tobte am Montagabend über Leipzig. Die elektrischen Entladungen waren so stark und häufig, daß die Häuser erstrahlten. An verschiedenen Stellen der Stadt wurden große Bäume entwurzelt und umgeliegt. Die Feuerwehre wurden in vielen Fällen zu Wasserläschen gerufen. Auch der Fernsprechverkehr erlitt längere Unterbrechung.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Hofenthal. Donnerstag, den 6. Juli cr., abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des neuen Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jedes Gemeindeglied ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschaftsliste für Abonnement-Abnehmer. S. 17. Col. rechts. Barriere. am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 8 bis 6 Uhr. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Nachsatz und eine Zahl aus Verzeichnisse beizufügen. Verweise Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementauskunft beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen möge man in der Erbschaftsliste vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sperrkammer mit.

B. G. V. Verein für Deutschum im Auslande, Berlin W., Antzifien-damm 106. Bund für Rutenzucht, Berlin W., Uhlandstr. 143. — W. P. 95. Nicht bekannt. — M. W. Siehe Berliner Adressbuch, 2. Band Teil IV S. 281 unter Aufstellungenbindungen und Leibnizbibliothek. — Sch. 700. Das bedeutet, daß der Besetzte für den Unterhalt des Kindes zu sorgen hat. — Tom. Chrows. Die Ausübung des Feldweises ist gut-treffend. — M. S. 1. Herzbrant; landturnmüllerei. — G. P. 4. 1. Auch der mündliche Vertrag ist gültig, die Kündigung zum 1. Oktober ist zulässig. 2. und 3. Sie halten für die Miete bis zum 1. Oktober. Wenn Sie die Wohnung zum 1. August räumen wollen, müssen Sie die Miete hinterlegen, sonst kann der Wirt Ihre Sachen einbehalten. — M. S. 2. Wein. — D. W. 24. 1. Die Steuerzahlung richtet sich nach dem Einkommen. Nach Ihren Angaben beträgt die Miete ein steuerpflichtiges Einkommen. 2. Wein. 3. Sie müssen Reklamation beim Vorsitzenden der Veranlagungskommission einreichen. — W. 445. Wein. — W. D. 100. Sie halten für den Mietvertrag der alten Wohnung bis zum 1. April. Der Vertrag hat auch in Kriegzeiten Gültigkeit. — M. G. 100. Die Rente richtet sich nach der Größe; es kann aber eine Zulage beantragt werden, wenn der Besetzte vor seiner Einberufung ein Einkommen von über 1500 M. jährlich hatte. — M. P. Reutlender. Sie haben Anspruch auf Wochen- und Stillsitz vom 1. Juli ab. Antrag ist an die Krankenkasse zu stellen, der ihr Chairman zuerst angeht. War ihr Mann nicht Kassamitglied, ist der Antrag an die zuständige Steuerkasse zu richten. — Anna 75. Rechn. — W. G. 58. Die Unterschrift wird nur im Falle einer Anklage verlangt.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Nimmlich warm, zeitweise heiter, aber veränderlich. Windstark Gewitter.

FABRIK-ANSICHT

Galem Aleikum
(Mehlrundstück)

Galem Gold
(Goldmundstück)

Zigaretten.

Etwas für Sie!

Preis: NI 3/4 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pfd. Stück

anschließlich Kriegsaufschlag.

Oriental Tabaku Cigaretten-Fabrik
Yenidze Dresden

Inh. Hugo Zietz
Hoflieferant S.M.
d. Königs v. Sachsen

Trustfrei!